

Rußland und die Osterweiterung der NATO. „Neue Trennungslinien“ oder „Export von Stabilität“?

Im Februar 1991, als der Warschauer Pakt vertraglich aufgelöst wurde, unterzeichnete die UdSSR ein Kommuniqué, in dem „allen Staaten“ das Recht eingeräumt wurde, „zu entscheiden, ob sie Mitglieder eines Bündnisses sein wollen oder nicht. Die ... Freiheit der Wahl der einzelnen Länder wird respektiert“¹. Alexander Ruzkoj, der im September/Okttober 1993 an der Spitze des - schließlich gewaltsamen - Widerstandes gegen die von Präsident Boris Jelzin verfügte Auflösung des russischen Parlaments stand, würde heute wohl nur noch sehr ungern daran erinnern, daß er als russischer Vizepräsident bei einem Vortrag Ende November 1991 die NATO „Garant für die Stabilität ganz Europas“ titulierte und ihre Erweiterung „unausbleiblich“ nannte; langfristig sei es auch das Ziel Rußlands, ihr beizutreten². Letzteres wiederholte auch Jelzin einen Monat später. Im August 1993 erklärte Jelzin in Warschau, nichts gegen den Wunsch Polens nach NATO-Mitgliedschaft zu haben; dies wurde in einer polnisch-russischen Erklärung auch ausdrücklich festgehalten. Einige Wochen später zog der Präsident diese indirekte Zustimmung zu einer NATO-Osterweiterung in einem Schreiben an die Führungen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands wieder zurück. Nun hieß es, daß diese gegen den „Vertrag über die abschließende Regelung in bezug auf Deutschland“ („Zwei-plus-Vier-Vertrag“) vom September 1990 verstoße³. Seit damals lehnt Moskau eine Ausdehnung der NATO nach eigenem Bekunden „scharf“, „grundsätzlich“, „prinzipiell“ und „kategorisch“ ab.

Vorliegende Analyse untersucht die innenpolitischen Voraussetzungen des russischen Standpunktes zu NATO, dessen Funktion bei der Integration der politischen Elite, die Reaktionen der NATO bzw. des Westens und der ostmitteleuropäischen NATO-Beitrittswerber auf das russische Verhalten, mögliche Folgen einer NATO-Osterweiterung sowie denkbare Auswirkungen eines Verzichts auf einen solchen Schritt.

I. Die außenpolitische Funktion der Innenpolitik. Der „patriotische Konsens“ in Rußland

Boris Meissner definierte für die erste Zeit nach dem Zerfall der UdSSR zwei unterschiedliche Linien in der russischen Außenpolitik: Der offiziellen, vor allem von Außenminister Andrej Kossyrew vertretenen „atlantischen“, grundsätzlich prowestlichen Richtung sei ein Kurs der nationalistischen und kommunistischen Opposition (die traditionell die russische Legislative - d.h. 1992/93 Volksdeputiertenkongreß und Obersten Sowjet Rußlands, seit 1994 die Staatsduma [Unterhaus des Parlaments, der Föderalversammlung⁴] - dominiert) mit einer

¹ Zitiert nach Archiv der Gegenwart 25.2.1991.

² Zitiert nach Wiener Zeitung 27.11.1991, S.3.

³ Dieser Vertrag sieht allerdings (in Art. 5) nur vor, daß auf dem Gebiet der früheren DDR nach einem Abzug der - damals noch sowjetischen - Streitkräfte keine „fremden“ Truppen und Kernwaffen stationiert werden dürfen; über die mögliche Aufnahme osteuropäischer Länder in die NATO wurde nichts ausgesagt. Zudem bestritt der damalige sowjetische Außenminister (und nunmehrige Präsident Georgiens) Eduard Schewardnadse russische Behauptungen, daß der Westen bei den „Zwei-plus-Vier-Verhandlungen“ zur deutschen Wiedervereinigung 1990 „versprochen“ habe, die NATO nicht zu erweitern - diese Frage sei damals überhaupt nicht zur Sprache gekommen (vgl. Austria Presse Agentur [APA]668, 13.2.1997).

⁴ Im Oberhaus der Föderalversammlung, dem Föderationsrat, spielen Parteien keine bestimmende Rolle.

mehr oder weniger ausgeprägten Ablehnung einer Zusammenarbeit mit dem Westen und der Betonung eines russischen „Sonderweges“ gegenübergestanden⁵. Die „offizielle“ russische Haltung zur NATO verschob sich nun 1993/94 im Kontext der Evolution der gesamten Außen- und Sicherheitspolitik Moskaus: Präsident und Regierung näherten sich den Prämissen ihrer oppositionellen Kritiker an und übernahmen sie schließlich weitgehend. Dieser Prozeß lief zunächst ohne Austausch der handelnden Personen ab. Prof. Jurij Afanasjew, Rektor der Rußländischen Humanistischen Staatsuniversität in Moskau (und demokratischer Aktivist der ersten Stunde) stellte Anfang 1995 fest, daß Kosyrew inzwischen Reden halte, „die noch vor einem Jahr nur Wladimir Schirinowskij zugeschrieben werden konnten“⁶.

Der bekannte russische Politologe Sergej Karaganow konstatierte bereits 1993 einen „entstehenden politischen Konsens in der politischen Klasse Rußlands“⁷. Der Wandel läßt sich sehr anschaulich anhand der russischen Balkanpolitik zeigen, die bis 1993 vorbehaltlos proserbisch wurde⁸. Ergebnis der schließlichen Integration der Grundauffassungen in der politischen Elite des Landes war ein „außenpolitischer Konsens“ (Alexandrova⁹) als Teil eines „patriotischen Konsenses“ (Simon¹⁰), der sämtliche politisch relevanten Kräfte - die permanent an Einfluß verlierenden „Demokraten“, der Regierung von Ministerpräsident Viktor Tschernomyrdin nahestehende Gruppierungen sowie Nationalisten und Kommunisten - umspannt. Dieser Konsens erstreckt sich (natürlich) auch auf die Politik Rußlands gegenüber dem Irak 1997/98, für die es keinerlei konfligierende Konzepte mehr gab: Sämtliche politischen Kräfte des Landes unterstützten von Anfang an einhellig und vorbehaltlos Saddam Hussein in der Konfrontation mit den USA um UNO-Waffeninspektionen.

Für vorliegende Untersuchung relevante Grundprinzipien des „patriotischen Konsenses“ sind:

1) Das Ende der UdSSR Ende 1991 ist eine nationale Tragödie und Schande. - Der „patriotische Konsens“ verweigert die Anerkennung des Ende 1991 in der Gemeinschaft Unabhängi-

⁵ Boris Meissner: Die zwei Grundlinien der Außenpolitik Rußlands. In: Österreichische Osthefte 1/1994, S.5ff.

⁶ Gastbeitrag Afanasjews, in: Argumenty i fakty 3/1995, S.2.

⁷ Sergei A. Karaganov: Russia: Towards 'Enlightened Post-Imperialism'. In: Werner Weidenfeld/Josef Janing (Hg.): Europe in Global Change. Strategies and Options for Europe. Gütersloh 1993, S.126f. - Es bliebe einer historischen Diskussion überlassen zu klären, inwieweit dieser Konsens bereits von der KPdSU hergestellt worden ist. So beschrieb Zhores Medwedjew Stalin als „russischen Nationalisten“ und „Georgier in der Rolle eines rußländischen Kaisers“, der aus der Sowjetunion ein „Sowjetrußland“ gemacht habe (vgl. den Gastkommentar von Medwedjew, in: Nezavisimaja gazeta 18.12.1997, S.8). Voslensky meinte, daß nicht der Marxismus, sondern ein „Großmacht-Chauvinismus“ das „Kernstück der offiziellen sowjetischen Ideologie“ gewesen sei. „Diese Ideologie sichert der Nomenklatura eine gewisse Unterstützung von seiten des Volkes“ (Michael Voslensky: Nomenklatura. Die herrschende Klasse der Sowjetunion. München 1984, S.419). Timmermann sprach von einem „gewissen großrussisch-patriotischen Grundkonsens“, der unter Stalin und seinen Nachfolgern in weiten Teilen der sowjetischen Bevölkerung über die KPdSU vermittelt worden sei; daran könne jetzt die KPRF anknüpfen (Heinz Timmermann: Revolution und Gegenbewegung. Aspekte von Machtbehauptung und Opposition im Kommunismus. Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien [BIOst] 6/1998, S.22).

⁸ Vgl. Allen Lynch/Reneo Lukic: Rußland und der Krieg im ehemaligen Jugoslawien. In: Europa-Archiv 3/1994, S.80ff; Boris Meissner: Serbien und Jugoslawien in der russischen Balkanpolitik. In: ders.: Vom Sowjetimperium zum eurasischen Staatensystem. Die russische Außenpolitik im Wandel und in der Wechselbeziehung zur Innenpolitik. Berlin 1995, S.277ff; Wolfgang Leonhard: Spiel mit dem Feuer. Rußlands schmerzhafter Weg zur Demokratie. Bergisch-Gladbach 1996, S.221ff; Hans-Joachim Hoppe: Rußland und der Jugoslawienkonflikt. Berichte des BIOst 14/1997; ders.: Moskau und die Konflikte im früheren Jugoslawien. In: Aussenpolitik III/1997, S.267ff.

⁹ Olga Alexandrova: Der außenpolitische Konsens in Rußland. Aktuelle Analysen des BIOst 17/1997.

¹⁰ Vgl. Gerhard Simon: Der patriotische Konsens. Aktuelle Analysen des BIOst 11/1997; ders.: Die Identität Rußlands und die internationale Politik. In: Aussenpolitik III/1997, S.245ff; ders.: Russische Normalität. Kohäsion und Gefährdung durch den patriotischen Konsens. In: Neue Zürcher Zeitung (NZZ) 18./19.10.1997, S.7; ders.: Auf der Suche nach der „Idee für Rußland“. In: Osteuropa 12/1997, S.1182.

ger Staaten (GUS) etablierten Status Quo. Die Kremlführung setzt offiziell auf größtmögliche „Integration“ der GUS („nahes Ausland“) auf allen Ebenen (Politik, Militär, Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Kultur, Medien usw.) unter Führung Rußlands. Moskau sieht die GUS als sein alleiniges Einflußgebiet an, von dem sich andere (und vor allem westliche) Staaten und Einflüsse fernzuhalten haben (vgl. Kap. VIII.3.). Nationalisten und Kommunisten unterstützen diese Politik (so war z.B. der den Kommunisten nahestehende Aman Tulejew 1996/97 Minister für Angelegenheiten der GUS), doch gehen sie noch weiter, indem sie (u.a. in ihren Programmen) offen für eine Wiederherstellung der UdSSR eintreten.

2) Rußland ist eine Groß- und Weltmacht bzw. hat wieder eine solche zu werden. - Oft heißt es, daß das Land „zur Größe verdammt“ sei. Dies gilt praktisch a priori und bedarf aus russischer Sicht keiner weiteren Erklärung, Begründung oder Legitimation. „Welchen Weg Rußland auch immer geht, sein strategisches Hauptinteresse wird die Wiederherstellung einer erneuerten Großmacht, eines mächtigen russischen Staates sein“¹¹. Moskau erhebt denn auch nach wie vor bzw. wieder Anspruch auf globales Mitspracherecht. So meinte Außenminister Jewgenij Primakow bei seiner Bilanz des Jahres 1997, daß „nicht eine einzige bedeutende Maßnahme in der Welt ohne die Teilnahme Rußlands durchgeführt“ werde¹². Moskau läßt keinen Zweifel daran, daß es sich „keinesfalls ... mit der Rolle eines Zweit- oder Drittklasselandes zufriedengeben“ wird¹³. Dieses Selbstverständnis ist auch Ausgangspunkt für die Beziehungen zur NATO.

Die außenpolitische Doktrin Rußlands postuliert eine „vielpolige Welt“ mit zumindest den USA, der EU, China und natürlich Rußland selbst; mitunter werden noch Indien und Japan hinzugefügt. Damit will Moskau auch seine Eigenständigkeit unterstreichen. Primakow meinte, daß sich Rußland als eigener „Pol“ anderen „Polen“ nicht anschließen könne und dürfe¹⁴. Die USA streben nach russischer Überzeugung eine dominante Position und damit eine „einpolige Weltordnung“ an, woraus Gegensätze zu den anderen „Polen“ resultierten; Washington würde sein Ziel wegen vielfältiger Widerstände in der Welt aber nicht erreichen. - Abgesehen davon, daß dieses Konzept weltpolitische Zusammenhänge auf fragwürdige Weise vereinfacht, ist seine Analogie zu den sowjetischen Vorstellungen aus der Zeit der Ost-West-Konfrontation offensichtlich. Danach bestand der „Grundwiderspruch“ der internationalen Beziehungen angeblich darin, daß sich das Lager des „Imperialismus“ unter Führung der USA dem „historischen Fortschritt“, d.h. der weltweiten Ausdehnung des „sozialistischen Weltsystems“ mit der UdSSR an der Spitze, entgegensetzte¹⁵.

Angesichts der vermeintlich ständig von allen Seiten - und vor allem vom Westen und konkret der NATO - drohenden Gefahren gibt es Selbstzweifel und kritische Reflexion eigener Positionen in Rußland nur insoweit, als sie nicht hart, fest und entschieden genug seien. Außen- und Sicherheitspolitik ist für Rußland vor allem Machtpolitik, die sich die Durchsetzung der eigenen, stets als allein „gerecht“ und „legitim“ dargestellten Ziele und Anliegen zum allein maßgeblichen Maßstab nimmt. Folgerichtig gehört auch die Forderung nach einem unnachgiebigen Verhandlungsstil gegenüber dem Westen zum außenpolitischen Konsens. Verhandlungen werden in Rußland nicht als Instrument des Interessenausgleiches zur Erzie-

¹¹ V.V. Serebrjannikov u.a.: *Bezopasnost' Rossii i armija*. Moskva 1995, S.239.

¹² Zitiert nach *Nezavisimaja gazeta* 24.12.1997, S.1. Damit wiederholte Primakow fast wortgleich den langjährigen sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko (Spitzname: „Mr. Njet“), der dies gerne über die UdSSR gesagt hatte.

¹³ So Sergej Rogow, Direktor des Instituts für USA und Kanada der Akademie der Wissenschaften, bei einem Vortrag in Zürich; zitiert nach *NZZ* 15.12.1997.

¹⁴ Vgl. Evgenij Primakov: *Mezdunarodnye otnosenija nakanune XXI. veka: problemy, perspektivy*. In: *Mezdunarodnaja zizn'* 10/1996, S.3-13.

¹⁵ Franz Walter, in: *Osteuropa* 2/1998, A 75f.

lung von Kompromissen betrachtet. Sie „sollen vielmehr dazu dienen, Konzessionen von der Gegenseite zu erzwingen. Zugeständnisse seien ein Zeichen der Schwäche“¹⁶. Politiker, Militärs und Medien heben denn auch immer wieder hervor, daß es Druck Moskaus gewesen sei, der diese oder jene Frage (angeblich oder tatsächlich, M.M.) zugunsten Rußlands entschieden habe. Auch und gerade gegenüber der NATO zeigt man sich überzeugt, daß diese durch Härte bewogen werden kann, vor Moskauer Ansprüchen zurückzuweichen. So urteilte die Militärzeitung Ende 1997, daß die NATO „noch gezwungen“ sei, „die harte Position Rußlands zu berücksichtigen“¹⁷.

Ein wichtiger Faktor des „patriotischen Konsenses“ ist das Interesse an der Geopolitik, die in Rußland nicht nur Gegenstand akademischer Dispute ist, sondern eine aktive Rolle in der Gestaltung der Außen- und Sicherheitspolitik spielt: „It is traditional geopolitics, rather than liberal internationalism, that is becoming the intellectual guide for many in the Russian defense and security community“¹⁸. Der russische Umgang mit der Geopolitik stellt vor allem auf bestimmte „Einflußbereiche“, „Interessensphären“ (oft mit dem Attribut „lebenswichtig“ verstärkt), „Pufferzonen“, „geopolitische Räume“ und die Konkurrenz um Ressourcen (z.B. im und am Kaspischen Meer) ab. Auch die NATO-Erweiterung wird mit geopolitischen Kriterien bewertet. So meinte Primakow, daß sie Rußland in eine „ungünstige geopolitische Situation“ bringen würde¹⁹, und Generalleutnant Wladimir Potjomkin, Leiter des Zentrums für militärstrategische Forschung des Generalstabes, kommentierte: „Seien wir Realisten - die Annäherung der NATO an die Grenzen Rußlands bedeutet einen Einbruch in seinen geopolitischen Raum“²⁰. Ein anderer General sprach auf einer Studienkonferenz der deutschen Bundesakademie für Sicherheitspolitik sogar davon, daß eine NATO-Erweiterung auf eine „Einschränkung russischen Lebensraumes in Europa“ (!) abziele²¹.

Im Westen ist die Geopolitik durch ihre Verbindung mit der NS-Ideologie teilweise immer noch stigmatisiert, doch in Rußland ist sie auch für Linke attraktiv. Der Chef der mit Abstand stärksten Partei des Landes, der Kommunistischen Partei der Rußländischen Föderation (KPRF), Gennadij Sjuganow, veröffentlichte ein einschlägiges Buch²². In der Staatsduma gibt es seit Anfang 1994 - wohl einmalig in den Parlamenten der Welt - einen eigenen Ausschuß für Geopolitik, dem ein Mitglied der radikal nationalistischen „Liberal-demokratischen Partei Rußlands“ (LDPR) von Wladimir Schirinowskij vorsitzt.

3) Rußland ist eine eigene und unabhängige „Zivilisation“²³. - „Im öffentlichen Diskurs beherrschen diejenigen das Feld, die Eigenständigkeit, Andersartigkeit und Selbständigkeit Rußlands als Kultur und Großmacht herausstellen und die ‚russische Idee‘ als Grundlage der zukünftigen Staatsdoktrin fordern“²⁴. Rußland ist tief überzeugt, daß es nicht ein Staat „wie alle anderen“ ist, sondern von „der Geschichte“ zu einer besonderen Rolle (oder sogar „Mis-

¹⁶ A.a.O. (Anm. 9), S.3.

¹⁷ Krasnaja zvezda 16.12.1997, S.3.

¹⁸ Dmitri Trenin: Russia's Military Resources. In: Heinrich Vogel/Hans-Henning Schröder (Hg.): Großmacht Rußland? Erfahrungen, Perspektiven, Optionen. Köln 1996, S.37.

¹⁹ Zitiert nach APA292, 25.6.1996.

²⁰ Interview, in: Orientir 4/1997, S.13.

²¹ Zitiert nach Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) 20.10.1997.

²² Gennadij Zjuganov: Geografija pobedy: Osnovy rossijskoj geopolitiki. Moskva 1997.

²³ Die Theorie des US-Politologen Samuel Huntington vom „Clash of Civilizations“ wurde in Rußland denn auch interessiert aufgenommen; vgl. z.B. Politiceskie issledovanija (POLIS) 1/1994, S.33ff; Moskovskie novosti 10/1994, S.9A.

²⁴ Gerhard Simon: Großmacht Rußland. Zum Selbstverständnis in Vergangenheit und Gegenwart. In: Heinrich Vogel/Hans-Henning Schröder (Hg.): Großmacht Rußland? Erfahrungen, Perspektiven, Optionen. Köln 1996, S.37.

sion“) auserwählt wurde. Damit korrespondiert ein Sendungs- und Selbstbewußtsein, das auch auf die Außen- und Sicherheitspolitik einwirkt.

Der „patriotische Konsens“ steht in bewußter Antithese zu Werten, die mit dem (meist undifferenziert als einheitlichen Block wahrgenommenen) „Westen“ assoziiert werden. Rußland hat sich vor allem seit Anfang 1993 westlichen Vorstellungen von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft nicht nur nicht angenähert, sondern sich von ihnen immer weiter entfernt. Inzwischen „rufen die Begriffe ‚Freiheit und Demokratie‘ nichts außer Allergie hervor“²⁵. Rußland hat dem „patriotischen Konsens“ zufolge einen spezifisch „russischen“ Entwicklungsweg zu beschreiten, der allem, was aus dem Westen kommt, überlegen sei. Der kurzzeitige Sekretär des russischen Sicherheitsrates, Generalleutnant a.D. Alexander Lebed, gab der allgemeinen Überzeugung mit der Formel „Wir Russen, wir können alles“²⁶ pointiert Ausdruck. - Daher ist auch die in westlichen Analysen oft anzutreffende Auffassung, daß Rußland gegenüber dem Westen unter „Minderwertigkeitskomplexen“ leide, der durch eine NATO-Erweiterung nicht auch noch geschürt werden dürfe, unzutreffend.

Die schwere Wirtschaftskrise wird in Rußland oft darauf zurückgeführt, daß die Regierung vor allem unter Ministerpräsident Jegor Gajdar (1992) zu sehr auf westliche Wirtschaftsberater gehört habe, die nur bemüht gewesen seien, Rußland zu schwächen und zu schaden. Der „patriotische Konsens“ verlangt auch in der Wirtschaftspolitik eine Distanz zu westlichen Modellen. Er betont die Rolle des Staates in der Volkswirtschaft (was Teilprivatisierungen nicht ausschließt) und fördert die traditionell starken Tendenzen zu Abschließung und Autarkie, die eine Eingliederung Rußlands in die Weltwirtschaft und internationale Arbeitsteilung nicht erleichtern. Damit sind auch engere Handelsbeziehungen mit Europa und Nordamerika, Zulassung von Investitionen westlicher Firmen und Inanspruchnahme westlicher Technologien, vor allem aber die Annahme von Milliardenkrediten²⁷ nicht geeignet, Rußland zu „verwestlichen“ oder auch nur positiver gegenüber dem Westen zu stimmen.

4) Zentrales Element des außenpolitischen Konsenses ist die ablehnende Haltung Rußlands gegenüber der NATO.

II. Die innenpolitische Funktion der Außenpolitik

II.1. Die NATO als „Katalysator“ des „patriotischen Konsenses“

Die Außenwelt - und vor allem eben „der Westen“ - gilt in Rußland als zumindest potentiell, meist aber akut feindselig, sodaß man ihr gegenüber stets wachsam sein muß. Verschwörungstheorien besitzen in Rußland eine lange Tradition und „wurden immer schonungslos zum Zweck der nationalen Konsolidierung ausgenutzt. Nur die konkreten Szenarien haben sich geändert“²⁸. Eine Moskauer Zeitung nannte die NATO „bequeme Methode zum Export innerer Probleme. Es ist klar, daß die gewöhnliche Unruhe der Politiker belanglos und unnützlich aussieht, wenn eine äußere Bedrohung der Sicherheit des Landes entsteht. Ob das ein Funktionär will oder nicht - er muß in den allgemeinen Chor jener einstimmen, die Besorgnis über

²⁵ Segodnja 19.3.1996, S.1.

²⁶ Aleksandr Lebed: Za derzavu obidno... Moskva 1995, S.439.

²⁷ Zu diesem Thema schwankt man in Rußland zwischen Vorwürfen an den Westen, seine Versprechungen von umfangreicher Wirtschaftshilfe nicht erfüllt zu haben, und der Überzeugung, daß die Kredite eine besonders perfide Methode seien, Rußland zu schaden, weil ihm dadurch westliche Wirtschaftsmodelle aufgezwungen würden.

²⁸ Segodnja 10.2.1997, S.2.

das Schicksal des Landes äußern²⁹. Während sich im Westen die meisten Gegner einer NATO-Osterweiterung direkt auf die russische Position berufen, würde sich umgekehrt ein russischer Funktionär mit der öffentlichen Aussage, daß er eine NATO-Ausdehnung nicht ablehnt, sehr wahrscheinlich irreversibel diskreditieren. Kontroversielle Diskussionen (im westlichen Sinne) über das Verhältnis des Landes zur NATO gibt es nicht. Sie werden auch nicht eingefordert, da die Position der politischen Klasse Rußlands festliegt und - so der Direktor des Europainstituts der Akademie der Wissenschaften Rußlands, Vitalij Zhurkin - „eine Eigendynamik gewonnen“ hat³⁰. Die verschiedenen Lager werfen sich gegenseitig lediglich vor, gegenüber der NATO (bzw. „dem Westen“) zu nachgiebig zu sein. Rußland sieht sich selbst ganz entschieden nicht als „Freund und Partner des Westens“³¹, und Behauptungen, daß es überhaupt „westorientiert“ sei³², wirken unernsthaft; westliche Kritik an einer NATO-Erweiterung, die davon ausgeht, nimmt sich falsche Voraussetzungen zur Grundlage und muß daher zwangsläufig zu Fehlschlüssen führen.

Der Hinweis auf eine angebliche Bedrohung Rußlands durch die NATO soll zweifellos der Ablenkung von inneren Problemen und der Integration und Konsolidierung der politischen Klasse wie der ganzen von der anhaltenden wirtschaftlichen und sozialen Krise gezeichneten Gesellschaft dienen. Die russische Haltung zur NATO wird „energisch von der präsidentiellen, diplomatischen und militärischen Bürokratie unterstützt, die völlig unerwartet den verlorenen Feind gefunden hat - und gleichzeitig ihre *raison d'etre*“³³. Die Einigkeit in der NATO-Frage ist nach Meinung eines Moskauer Blattes auch „eines der ‚Schlüsselemente‘ der ‚Großmacht‘-Außenpolitik. Hier spiegeln sich wie in einem Wassertropfen alle Komplexe der postsowjetischen Elite (vor allem der militärischen) und die Unfähigkeit, ohne einen äußeren Feind zu leben“³⁴. Einen Eindruck von der Intensität des durch die NATO bewirkten Solidarisierungseffektes in der politischen Elite vermittelte der Jelzin-Vertraute Anatolij Tschubajs (einer der unpopulärsten Politiker Rußlands und absolutes Feindbild von Kommunisten und Nationalisten), als er die Bereitschaft des Kreml „sogar zu einem Bündnis mit Schirinowskij und Sjuganow“ in der NATO-Frage hervorhob³⁵. Auch Sjuganow betonte die gemeinsame Position „aller Parteien und politischen Blöcke in Rußland“³⁶, und Schirinowskij nannte Jelzin wegen seiner Haltung gegenüber der NATO „Prachtkerl“, obwohl der Protest „noch härter“ sein müsse³⁷. Tschernomyrdin versicherte bei einem Besuch in den USA, daß „ganz Rußland in seiner Opposition gegen die Erweiterung der Allianz einig ist“³⁸. Der Anfang 1997 in der Staatsduma entstandenen fraktionsübergreifenden Gruppierung „AntiNATO“ gehören gleichermaßen kommunistische, nationalistische und „demokratische“ Abgeordnete an.

In den „patriotischen Konsens“ ist auch die stets betont national auftretende russisch-orthodoxe Kirche voll eingebunden³⁹. Der Patriarch von Moskau und ganz Rußland, Alexij

²⁹ Nezavisimaja gazeta 11.2.1997, S.2.

³⁰ Bei einem Gespräch im Europainstitut in Moskau in Anwesenheit des Autors, 16.12.1997.

³¹ Ernst-Otto Czempel: In der Realismusfalle. Kritik einer außenpolitischen Maxime. In: Merkur 1/1998, S.21.

³² Alvin Z. Rubinstein: NATO-Osterweiterung - Verheißung oder Falle? In: Osteuropa 6/1997, S.618.

³³ Itogi 8.10.1996, S.16.

³⁴ Izvestija 16.12.1995, S.3.

³⁵ Zitiert nach Segodnja 4.2.1997, S.1.

³⁶ Interview für die Deutsche Welle (zitiert nach APA390, 20.1.1997).

³⁷ Ziteirt nach Segodnja 7.3.1997, S.3.

³⁸ Zitiert nach Segodnja 10.2.1997, S.1.

³⁹ Sämtliche Meinungsumfragen zeigen, daß die Streitkräfte und die russisch-orthodoxe Kirche jene Institutionen sind, denen das relativ größte Vertrauen entgegengebracht wird (Präsident, Regierung und Parlament sind demgegenüber weit abgeschlagen). Sie arbeiten auch seit dem Ende der Sowjetzeit immer besser zusammen; mitunter scheint es bereits, daß Militärggeistliche dabei sind, teilweise die Stellung der früheren kommunistischen Politoffiziere einzunehmen (vgl. z.B. Georg Seide: Orthodoxie, Staatsmacht und Armee.

II., nützte Gespräche mit deutschen Spitzenpolitikern dazu, „die Beunruhigung vieler Kinder unserer Kirche vor einer überstürzten Osterweiterung der NATO zum Ausdruck“ zu bringen, „denn diese Bestrebungen werden im russischen Volk als Bedrohung empfunden“⁴⁰. Bei einem Besuch in Österreich verglich Alexij im Juni 1997 eine katholische Missionstätigkeit in jenen Gebieten Osteuropas, die seine Kirche für sich beansprucht, mit einer NATO-Ausdehnung. Kirill, Metropolit von Smolensk und Kaliningrad, interpretierte diese sogar als Anzeichen einer bevorstehenden „Ankunft des Antichristen“⁴¹.

II.2. Traditionelles russisches Mißtrauen gegenüber der NATO

Eine der im Westen häufig angebotenen Erklärungen für die russische Haltung gegenüber der NATO lautet, daß sich eine während des Kalten Krieges durch ständige Propaganda erzeugte Stimmung nicht rasch abbauen ließe und man Rußland nur mehr Zeit geben müsse; die NATO dürfe einstweilen nicht erweitert werden, um nicht alten Vorurteilen neue Nahrung zu geben. - Dieser Befund ist allerdings wenig überzeugend. Er wirft vor allem die Frage auf, warum vergleichbare Stimmungen in den meisten ebenfalls bis 1989 bzw. 1991 kommunistischen Staaten (darunter den früheren Sowjetrepubliken Estland, Lettland, Litauen und Ukraine), die weitgehend den gleichen propagandistischen Stereotypen ausgesetzt waren, weit weniger vorhanden sind bzw. überhaupt fehlen; im Gegenteil kann sich die Forderung nach Beitritt zur NATO - d.h. einer Organisation, die 40 Jahre lang ausschließlich negativ dargestellt worden war - in den meisten ostmitteleuropäischen Ländern auf einen breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens stützen. Dies deutet darauf hin, daß das kommunistische System und die in ihm vermittelten Werthaltungen - z.B. eben die Gegnerschaft zur NATO - selbst in den nichtrussischen Republiken der UdSSR (von deren Satellitenstaaten ganz abgesehen) nie so verwurzelt war wie in Rußland selbst, wo sich die kommunistische Partei (KPRF) auch - im Unterschied zu den früheren kommunistischen Staatsparteien Ostmitteleuropas - nicht „sozialdemokratisiert“ hat und heute dennoch (oder gerade deswegen) noch immer bzw. wieder die stärkste politische Kraft des Landes ist.

Ein anderer Erklärungsansatz für die heutige Position Moskaus zur NATO lautet, daß die sowjetische Politik in und gegenüber Ostmitteleuropa nach 1945 auch im postsowjetischen Rußland nur in Ansätzen kritisch rezipiert wurde. Da russische Politiker und Militärs nicht willens bzw. fähig seien anzuerkennen, daß die UdSSR diese Region unrechtmäßig und mehr oder weniger gewaltsam beherrscht sowie zum Instrument ihrer Weltmachtinteressen gemacht hat, könnten sie auch die NATO nicht positiv bzw. als Verteidigungsbündnis sehen, das der als Bedrohung empfundenen UdSSR entgegentrat⁴². Eine derartige „Vergangenheitsbewältigung“ müßte zudem wohl auch die Grundlagen der heutigen russischen Außen- und Sicherheitspolitik in Frage stellen, die sich in Kategorien vollzieht, „die eine unverkennbare Kontinuität zur Sowjetzeit aufweisen“⁴³.

Die neue Rolle der Russischen Orthodoxen Kirche. In: Osteuropa 10/1996, S.1005; Gerd Stricker: Das Moskauer Patriarchat im Zeichen des neuen Nationalismus. In: Osteuropa 3/1998, S.272f; Der Spiegel 3/1998, S.130).

⁴⁰ Interview, in: Moscow News 16/1995.

⁴¹ Zitiert nach Segodnja 13.11.1996, S.3.

⁴² Vgl. Franz Walter: Rußland und die NATO-Osterweiterung. In: Osteuropa 8/1996, S.753ff; ders.: Rußlands Reaktionen auf die beabsichtigte NATO-Osterweiterung. In: Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung. Fortschritte und Mißerfolge der Transformation. BIOst, Jahrbuch 1996/97. München/Wien 1997, S.364f.

⁴³ Andreas Wenger/Jeronim Perovic: Russland und die Osterweiterung der Nato: Herausforderung für die russische Außen- und Sicherheitspolitik. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 43. Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse. Eidgenössische Technische Hochschule Zü-

Die russische Führung hat denn auch vor allem ab 1993 wieder auf die aus der Zeit des Kalten Krieges tradierten Vorstellungen von der NATO rekurriert und führt seitdem Kampagnen gegen die Osterweiterung der Allianz, die in ihrer Heftigkeit und Einseitigkeit differenzierten Betrachtungen kaum Raum läßt. Ein Abrücken vom Widerstand gegen die NATO ist wegen dessen emotionaler Verankerung in der überschaubaren Zukunft nicht zu erwarten.

II.3. NATO-Osterweiterung - ein Schaden für russische „Reformer“?

Die Arbeiten zahlreicher westlicher (und auch und gerade US-amerikanischer) Beobachter gehen davon aus, daß das jeweilige Kräfteverhältnis zwischen angeblichen „Reformern“ und „Bremsern“ bzw. „Demokraten“ und „Kommunisten/Nationalisten“ bzw. „Liberalen“ und „Konservativen“ bzw. „Tauben“ und „Falken“ auch die Außenpolitik Rußlands wesentlich determiniere, sodaß der Westen daran interessiert sein müsse, durch gezielte Zugeständnisse jeweils erstere zu stärken, um zu vermeiden, daß außenpolitische Mißerfolge Rußlands der Opposition Argumente gegen die Kremlführung liefert. Daher dürfe die NATO auf keinen Fall erweitert werden.

Solche Darstellungen der innenpolitischen Verhältnisse Rußlands werden von „demokratischen“ bzw. gemäßigten russischen Vertretern, die zu Hause stets die unverbrüchliche Einigkeit aller Lager gegen die NATO betonen, im Ausland unter Spekulation auf westliche Furcht vor einer Schwächung oder gar einem Sturz des (nach wie vor) als „Reformer“ dargestellten Jelzin gerne aufgegriffen: In der offenkundigen Absicht, jenen Kräften im Westen, die eine NATO-Erweiterung unter Hinweis auf die russische Position bekämpfen, weitere „Argumente“ in die Hand zu geben, verbreiten sie, daß diese der Opposition Munition gegen den Präsidenten liefern würde⁴⁴ oder sogar einen Machtwechsel möglich mache⁴⁵.

Die skizzierte verbreitete westliche Vorstellung von der russischen Innenpolitik und die aus ihr - zur Genugtuung der russischen Seite - gezogenen Schlußfolgerungen sind den tatsächlichen Umständen aus mehreren Gründen nicht adäquat. Zunächst sollte die Unterstützung bzw. Schwächung bestimmter politischer Kräfte in Rußland nicht Sache und Sorge westlicher Staaten sein (ebenso wie sich Rußland nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten einzumischen hat). Zweitens wird die Relevanz externer Faktoren - und konkret des Westens - für die russische Innenpolitik und interne Kräfteverhältnisse in der politischen Elite drastisch übertrieben; sie ist tatsächlich minimal. Drittens ergäbe es - selbst wenn das in der Macht und Kompetenz des Westens bzw. der NATO läge - keinen Sinn, den Kreml gegen die Opposition zu stärken, wenn beide wie dargestellt entsprechend dem „patriotischen Konsens“ weitgehend die gleichen außenpolitischen Prinzipien (darunter eben auch die Ablehnung jeder Osterweiterung der Allianz) vertreten. Dennoch hat sich auch die US-Administration von der Befürchtung, mit einer NATO-Osterweiterung in Rußland die oppositionellen Kräfte zu stärken, zeitweise massiv beeinflussen lassen⁴⁶, und die NATO hat u.a. deswegen lange keinen Zeitplan für die Aufnahme neuer Mitglieder vorgelegt, weil sie Jelzin bzw. ihm nahestehende Gruppierungen bei den großen landesweiten Wahlbewegungen der jüngeren Vergangenheit (Duma Ende 1995, Präsident Mitte 1996) nicht schaden wollte. Allerdings haben dabei außen- und sicherheitspolitische Fragen allgemein und konkret eine mögliche NATO-Osterweiterung

rich, 1997, S.11.

⁴⁴ So argumentierten u.a. Tschernomyrdin in den USA im Februar 1997; der bekannte Politologe Wjatscheslaw Daschtschew; einer der seinerzeit wichtigsten Mitarbeiter Michail Gorbatschows, Alexander Jakowlew; Ex-Ministerpräsident Jegor Gajdar und Verteidigungsminister Marschall Igor Sergejew.

⁴⁵ So z.B. der Vizepräsident der Staatsduma, Alexander Schochin, Anfang Februar 1997 in den USA oder Tschernomyrdin im April 1997 in Tschechien.

⁴⁶ Vgl. Jonathan Haslam: Russia's seat at the table: a place denied or a place delayed? In: International Affairs 1/1998, S.124.

keine spürbare Rolle gespielt; den Wählern waren und sind andere Probleme (Wirtschaft, Soziales, innere Sicherheit) bedeutend näher. Tatjana Parchalina vom Institut für wissenschaftliche Information für die Sozialwissenschaften der Akademie der Wissenschaften Rußlands warnte unter Berufung auf mehrere Meinungsumfragen denn auch davor, die einhellige gegen die NATO gerichtete Stimmung der politischen und militärischen Eliten mit der Stimmung in der Bevölkerung gleichzusetzen⁴⁷. Das Meinungsbild zeigt den grundsätzlichen Trend, daß eine NATO-Ausdehnung von den Einwohnern Rußlands zwar überwiegend abgelehnt wird, doch ist stets auch der Anteil der Unentschlossenen, Gleichgültigen oder Uninformierten recht hoch.

Die Stärke von Kommunisten und Nationalisten in der Staatsduma geht keinesfalls auf die NATO zurück, und auch in der überschaubaren Zukunft ist ein „NATO-Wahlkampf“, den sie gegen die (verbliebenen) „Demokraten“ führen könnten, nicht realistisch⁴⁸. Wiederkehrende Behauptungen westlicher Beobachter, daß eine NATO-Osterweiterung die Demokratisierung Rußlands behindere oder sogar verunmögliche (Michael Mandelbaum befürchtete eine „Weimarisierung“ Rußlands), lassen außerdem unberücksichtigt, daß Rußland gemäß der Vorgaben des „patriotischen Konsenses“ eine Demokratisierung im Sinne der Übernahme oder auch nur weitgehenden Adaptierung westlicher Konzepte gar nicht anstrebt.

Auch die im Westen 1995/96 verbreitete Behauptung, daß die harte russische Haltung vor allem durch die damals bevorstehenden Wahlen - als niemand Zweifel an seinem Patriotismus habe wecken wollen - zu erklären sei, hat sich als unzutreffend erwiesen. Beide Wahlgänge liegen nun einige Zeit zurück, und die Moskauer Position ist unverändert geblieben. Dies hatte sich allerdings in den Äußerungen zahlreicher Politiker von Anfang an abgezeichnet. Der damalige 1. stellvertretende Verteidigungsminister Andrej Kokoshin (jetzt als Sekretär des russischen Sicherheitsrates in einer Schlüsselposition) stellte klar: „Die Ablehnung der NATO-Erweiterung durch den Präsidenten war nicht nur eine Haltung während des Wahlkampfes. Diese Ablehnung reflektiert eine langfristige Politik zur Sicherung der nationalen Interessen Rußlands“⁴⁹.

III. Russische Argumente gegen die NATO

Die NATO wird von russischen Offiziellen und in der Presse (und vor allem in der Militärpublizistik) ganz überwiegend negativ, feindselig und bedrohlich dargestellt. Sie sei, so heißt es unablässig, ein „Werkzeug der USA“ und „Kind“, „Relikt“ oder „Rudiment“ des Kalten Krieges sowie ein „Instrument des Krieges“. Der seinerzeitige Generalstabschef Armeegeneral Viktor Samsonow nannte das Bündnis das „verrufenste, nuklear angefüllte Residuum der alten konfrontativen Epoche, das die für eine Militärorganisation typische Gewaltpsychologie besitzt“⁵⁰. Das in Rußland kultivierte „sittliche“ Überlegenheitsgefühl über den Westen wirkt sich auch auf die NATO-Debatte aus. Die Militärzeitung „Roter Stern“ schrieb, daß die

⁴⁷ Tatiana Parkhalina: Of myths and illusions: Russian perceptions of NATO enlargement. In: NATO review, May-June 1997, S.12.

⁴⁸ Die Partei „Demokratische Wahl Rußlands“ von Jegor Gajdar verfehlte bei den letzten Dumawahlen 1995 sogar die Fünf-Prozent-Hürde und ist inzwischen völlig marginalisiert. Der Gruppierung „Jabloko“ des ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten Grigorij Jawlinskij gelang damals zwar der Wiedereinzug in die Duma, doch deren führender Außenpolitiker, der ehemalige russische Botschafter in den USA und (seit 1994) Vorsitzende des außenpolitischen Ausschusses der Staatsduma, Wladimir Lukin, lehnt die NATO-Osterweiterung nicht weniger schroff ab als seine kommunistischen und nationalistischen Kollegen.

⁴⁹ Zitiert nach Moscow News 30/1996, S.5.

⁵⁰ Zitiert nach Osteuropa 2/1998, A 78. Samsonow war als Chef des Stabes zur Koordination der militärischen Zusammenarbeit in der GUS selbst Leiter einer „Militärorganisation“.

NATO „die Arbeitsmethoden mafioser Strukturen“ kopiere⁵¹. Ihre Ausdehnung sei „skandalös“ und mit „Moral, Sittlichkeit oder einem solchen Begriff wie Vertrauen“ unvereinbar⁵². Überhaupt sei die „klassische bürgerliche Heuchelei“ den „westlichen Gesellschaften als normale Verhaltensweise in Fleisch und Blut übergegangen“⁵³.

Versicherungen der NATO und ihrer Beitrittskandidaten, daß die Allianz Rußland nicht als Feind ansehe und ihre Erweiterung gegen niemanden gerichtet sei, werden in Rußland stets als gänzlich unglaubwürdig (oder auch lächerlich) dargestellt. Die Osterweiterung gilt auch in offiziellen Dokumenten als „Bedrohung der nationalen Sicherheit Rußlands“⁵⁴. Dahinter stünden u.a. ein neuer deutscher „Drang nach Osten“ und die „Interessen westlicher Rüstungskonzerne“. Eine NATO-Osterweiterung würde „neue Trennungslinien in Europa schaffen“. Die NATO bzw. der Westen wollten auch die „momentane Schwäche“ Rußlands „ausnutzen“, Rußland von sich „abhängig machen“ und „zum Rohstofflieferanten degradieren“ sowie die „Integration“ in der GUS hintertreiben. Der Westen habe „Rußland im Kalten Krieg besiegt, jetzt will er den Sieg perfekt machen“⁵⁵. Zudem wolle der Westen Rußland „aus Europa verdrängen“ bzw. „von Europa isolieren“.

Allerdings bekundet die NATO offiziell ständig ihr großes Interesse an guten Beziehungen mit Rußland, dem auch Kooperations- und Einflußmöglichkeiten („Partnership for Peace“/PfP, IFOR/SFOR, „Grundakte“ [vgl. Kap. VII]) angeboten bzw. eingeräumt wurden. Die Moskauer Reaktionen waren allerdings stets kühl bis offen ablehnend. Die Teilnahme an der PfP, der Rußland seit Juni 1994 formal angehört, hält sich in engen Grenzen. Das im Mai 1995 verzögert unterzeichnete individuelle Partnerschaftsprogramm NATO - Rußland ist „eine leere Absichtserklärung geblieben und trotz mehrerer Beteuerungen der russischen Seite nicht mit konkreten Inhalten ausgefüllt worden“⁵⁶. Moskau will nämlich unbedingt alle Schritte vermeiden, die seiner Meinung nach als - und sei es indirekte - Zustimmung zu einer NATO-Erweiterung gedeutet werden könnten. Damit haben sich westliche Hoffnungen, daß Rußland (auch) über die PfP bewogen werden könnte, die NATO positiver wahrzunehmen, nicht erfüllt. Dazu kommt, daß Rußland mitunter Einladungen zu Übungen und Manövern ablehnt und dann deren angebliche „antirussische Ausrichtung“ heftig kritisiert. Das internationale Marinemanöver „Sea Breeze 97“, das Ende August 1997 im Schwarzen Meer stattfand, war Anlaß einer emotional besonders aufgeladenen Kampagne in Rußland und auf der russisch geprägten Halbinsel Krim (Ukraine)⁵⁷.

Kein einzige irgendwie relevante westliche Stimme hat jemals explizit zu einer „Isolierung“ Rußlands aufgerufen; im Gegenteil ist man sich in Europa und Nordamerika allgemein einig, daß Rußland auch sicherheitspolitisch unbedingt „eingebunden“ werden soll. Das hindert Moskau aber nicht, dem Westen genau das Gegenteil zu unterstellen. Dies läßt den Schluß zu, daß es Rußland weit mehr um die Wahrnehmung seiner politischen, militärischen und wirtschaftlichen Ziele und Interessen als um eine abstrakte „Furcht“ geht, von einem Europa „isoliert“ zu werden, von dem es sich ansonsten durch die erwähnte Betonung seines

⁵¹ Krasnaja zvezda 25.4.1997, S.3.

⁵² Krasnaja zvezda 18.12.1997, S.3.

⁵³ Krasnaja zvezda 30.12.1997, S.3.

⁵⁴ Vgl. z.B. die „Konzeption der nationalen Sicherheit der Rußländischen Föderation“, z.B. in Krasnaja zvezda 27.12.1997, S.1.

⁵⁵ So der ehemalige sowjetische Generalstabschef General Wladimir Lobow; zitiert nach Wostok 4/1997, S.12f.

⁵⁶ Andrei Zagorski: Neuregelung der Beziehungen zwischen Rußland und der NATO. In: Erich Reiter (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1997. Graz/Wien/Köln 1997, S.215.

⁵⁷ Vgl. ÖMZ 6/1997, S.712f.

„Sonderweges“ selbst bewußt distanziert. Tatsächlich bestimmt Moskau „in eigener Verantwortung, ob es sich im Fall einer NATO-Erweiterung isolieren lassen will oder nicht“⁵⁸.

Während westliche Politiker, beginnend bei US-Präsidenten und -Verteidigungsministern und Generalsekretären der NATO (Javier Solana spricht gerne von den „russischen Freunden“⁵⁹), sowie die meisten Wissenschaftler und Journalisten immer wieder zu einer Berücksichtigung „russischer Sicherheitsinteressen“ aufrufen bzw. eine solche zusagen, hat in Rußland kein irgendwie bedeutender Funktionär „Sicherheitsinteressen“ westlicher (oder beliebiger anderer) Staaten erwähnt, die „natürlich“ zu wahren seien. Es kann solche Interessen aus Moskauer Sicht auch nicht geben, denn Rußland versteht sich als a priori vollkommen friedliches Land, dem gegenüber andere Staaten keine eigenen Sicherheitsinteressen zu vertreten brauchen (so meinte Primakow, daß heute „niemand mehr“ den US-Atomschirm benötige⁶⁰). Halten sie das aber - z.B. aufgrund des nach wie vor gewaltigen Militärpotentials und der Instabilität Rußlands sowie historischer Erfahrungen - dennoch für nötig, werden sie nach Moskauer Lesart zu „potentiellen Gegnern“.

Ein Beispiel für die russische Einstellung gibt die von Jelzin am 17.12.1997 bestätigte „Konzeption der nationalen Sicherheit der Rußländischen Föderation“, in der es u.a. heißt: „Eine Bedrohung für die nationale Sicherheit Rußlands im Verteidigungsbereich bleibt die Erhaltung oder Schaffung von starken Gruppierungen von Streitkräften in an Rußland angrenzenden Regionen. Sogar beim Fehlen von aggressiven Absichten gegenüber Rußland stellen solche Gruppierungen eine potentielle militärische Bedrohung dar“⁶¹. Die Frage, wie Nachbarstaaten Rußlands die Nähe von großen russischen militärischen Kontingenten „sogar beim Fehlen von aggressiven Absichten“ Moskaus bewerten, wurde nicht gestellt. So sehen sich die über nur kleine und im Aufbau befindliche Armeen verfügenden baltischen Staaten, deren Beziehungen zu Rußland seit 1992 mehr oder weniger gespannt sind, und Polen einer erheblichen russischen Militärpräsenz im Kaliningrader Gebiet sowie den belorussischen Streitkräften gegenüber, und die Ukraine, Moldowa und Georgien haben - durchaus nicht aus rein freien Stücken - russische Militärstützpunkte überhaupt auf dem eigenen Territorium.

Rußland, das noch über ca. 10 bis 15% der Wirtschaftsleistung der USA verfügt, besteht im atomstrategischen Bereich auf „Parität“ zu den USA, die allein in der Lage sei, „Stabilität“ in der Welt und „Sicherheit“ für Rußland zu garantieren. In Rußland wird zudem immer wieder - auch in Grunddokumenten zur Sicherheitspolitik⁶² - argumentiert, daß sich ein bereits jetzt ungünstiges konventionelles Kräfteverhältnis mit der NATO nach einer Aufnahme weiterer Staaten in die Allianz noch weiter zu verschieben drohe⁶³, was - so Verteidigungsminister Marschall Igor Sergejew - „die Stabilität in Europa aus dem Gleichgewicht zu bringen“ drohe⁶⁴. Allerdings ergeben auch von westlichen Autoren vorgebrachte Hinweise auf eine „Veränderung der militärischen Kräfteverhältnisse in Europa“ und ein für Rußland angeblich

⁵⁸ A.a.O. (Anm. 43), S.41.

⁵⁹ Interview, in: Der Spiegel 51/1996, S.25.

⁶⁰ Zitiert nach APA085, 30.12.1997.

⁶¹ „Konzeption“, in: Krasnaja zvezda 27.12.1997, S.1.

⁶² Vgl. z.B. „Grundbestimmungen der russischen Militärdoktrin“ von 1993 (Europa-Archiv 1/1994, D 34) und „Über die nationale Sicherheit“ von Mitte 1996 (Nezavisimaja gazeta 14.6.1996, S.8).

⁶³ Die meisten konventionellen Kräftevergleiche zwischen der NATO und Rußland lassen das Militärpotential von Belarus, das de facto voll dem russischen anzurechnen ist, unberücksichtigt. Dieses Land mit seinen 10 Mio. Einwohnern verfügt über eine Armee, die jene Polens (38,3 Mio. Einwohner) und sogar der Mittelmacht Frankreich (57,7 Mio) in Teilbereichen zumindest quantitativ übertrifft; so besaß das Land mit 1.1.1997 1.778 Panzer (Polen 1.729, Frankreich 1.156). Mit 1.1.1996 waren es sogar (in Verletzung der CFE-Quoten) noch 2.320 gewesen (nach The Military Balance 1996/97. London 1996, S.316; The Military Balance 1997/98. London 1997, S.302).

⁶⁴ Interview, in: Der Spiegel 5/1998, S.119.

„beunruhigendes Bild“ durch eine NATO-Osterweiterung⁶⁵ nur dann einen Sinn, wenn man der NATO zutraut, Rußland zu bedrohen bzw. zu erpressen oder gar anzugreifen. Eine von den bekannten oder als wahrscheinlich anzunehmenden Absichten der beteiligten Akteure völlig losgelöste Betrachtung bloßer Kräfteverhältnisse läßt nämlich jede Aussagekraft vermissen. So fordert niemand in Österreich eine militärische „Parität“ zu Deutschland, weil andernfalls eine Wiederholung des „Anschlusses“ von 1938 drohte, und Nepal strebt nicht nach einem militärischen Gleichgewicht zu China und Indien, weil es andernfalls ständig einen Angriff dieser Staaten befürchten müßte.

Bis 1990 waren die Streitkräfte der NATO in der Lage, im Krisen- oder Kriegsfall innerhalb von 48 Stunden ca. 110 Heeresdivisionen, 500 Schiffe und innerhalb von 12 Stunden die meisten ihrer 250 Luftwaffeneinsatzstaffeln und 230 Luftverteidigungseinheiten zu mobilisieren. Davon waren 1997 noch ca. 65% der Heeresdivisionen, 60% der Schiffe, 50% der Flugzeuge und 35% der Luftverteidigungseinheiten übrig. Die NATO hat um 20% mehr abgerüstet als sie nach dem Vertrag über konventionelle Waffen in Europa (CFE) verpflichtet gewesen wäre. Alle landgestützten NATO-Atomwaffen wurden aus Europa entfernt, 80% der Atomwaffen überhaupt abgerüstet⁶⁶. Die USA haben seit dem Ende des Kalten Krieges 60% ihrer Truppen aus Europa abgezogen. Zudem sind die Bereitschaftsgrade deutlich reduziert. - Alle diese Maßnahmen werden in Rußland allerdings entweder überhaupt nicht zur Kenntnis genommen oder bagatellisiert, obwohl sich die Frage nach ihrem Sinn stellt, wenn die Allianz angeblich - wie Moskau standhaft behauptet - Rußland weiterhin als „Hauptfeind“ ansieht, dieses bedrohen oder sogar angreifen könnte (vgl. Kap. VIII.6.).

Immer wieder wird - in Rußland wie im Westen - vor einer angeblich zu schnellen Erweiterung der NATO gewarnt. Ungarn, Tschechien und Polen sollen 1999, anlässlich der 50-Jahr-Feiern der Allianz, aufgenommen werden - also zehn Jahre, nachdem in Ungarn erstmals eine NATO-Mitgliedschaft ventiliert worden war. Daher kann schlecht von „Hast“ und „Eile“ gesprochen werden.

Rußland hat auch nach dem Madrider NATO-Gipfeltreffen im Juli 1997, auf dem Polen, Tschechien und Ungarn zu Beitrittsverhandlungen eingeladen wurden, die Hoffnung auf ein Scheitern der Osterweiterung nicht aufgegeben. Es möchte u.a. deren westlichen Gegnern „Argumentationshilfe“ leisten. So hat sich die Gruppierung „AntiNATO“ nach den Worten ihres sog. „Koordinierungssekretärs“ Sergej Glotow das Ziel gesetzt, in den Parlamenten der NATO-Mitgliedsländer Unterstützung für die russische Position zu gewinnen. NATO-Beitritte müssen bekanntlich von allen bisherigen 16 Mitgliedsländern ratifiziert werden, und wenn, so Glotow mit vollem Recht, „nur ein Parlament eines NATO-Mitgliedsstaates die Ratifizierung blockiert, wird das unser Sieg sein“⁶⁷. Konkret setzt man vor allem auf die „orthodoxen Brüder“ in Griechenland⁶⁸. Zeitweise hat Rußland auch auf die - von ihm naturgemäß besonders hoch dargestellten - Kosten einer NATO-Osterweiterung für den Westen hingewiesen. Das wäre allerdings kein russisches Problem; Moskauer „Sorgen“ um westliche Finanzen sind wenig seriös. Allerdings hofft Rußland dennoch, daß sich die „alten“ NATO-Mitglieder die Erweiterung „nicht leisten wollen und Tschechen, Polen und Ungarn nicht können“⁶⁹.

Zeitweise fielen in der NATO-Debatte Äußerungen, die am Willen der russischen Seite zu einem ernsthaften Diskurs zweifeln lassen. So übertitelte eine „demokratische“ Moskauer

⁶⁵ Hans-Henning Schröder: NATO-Öffnung und russische Sicherheit. In: Osteuropa 5/1997, S.429.

⁶⁶ Diese Zahlen nach Klaus Naumann (= Vorsitzender des Militärausschusses der NATO): Die neue NATO. Wien 1997, S.6; Why NATO should enlarge: Answers to critics. NATO Office of Information and Press. Brussels 1997, S.2.

⁶⁷ Interview, in: Krasnaja zvezda 27.3.1997, S.3.

⁶⁸ Vgl. dazu z.B. die entsprechenden Aussagen in Krasnaja zvezda 14.1.1997, S.3.

⁶⁹ Segodnja 20.3.1997, S.4.

Zeitung im Sommer 1997 einen Bericht von den Überschwemmungen in Polen und Tschechien mit „Rußland hat gewarnt: Der Eintritt in die NATO verspricht Unheil“⁷⁰. Ende Juli 1997 führte Alexej Mitrofanow, Vorsitzender des Dumausschusses für Geopolitik, das europaweite Schlechtwetter unter Berufung auf russische Astrologen (!) auf die Madrider Beschlüsse zur NATO-Osterweiterung im Juli 1997 zurück. Als „Beweis“ führten die Astrologen u.a. an, daß bereits in Madrid Schlechtwetter geherrscht hat. Mitrofanow zeigte sich von den „Erklärungen“ der Astrologen „beeindruckt“ - er werde sich auch „in Zukunft mit ihnen in geopolitischen Angelegenheiten beraten“⁷¹.

IV. Rußlands Forderungen an die NATO

Russische Maximalforderung war und ist die Auflösung der NATO. Sie habe ihre Existenzberechtigung mit dem Zerfall von Warschauer Pakt und UdSSR verloren, und von Rußland gehe (natürlich) keinerlei Gefahr aus. Die Regierungszeitung bemängelte, daß die Kremlführung „nicht mit aller Härte die Frage der Liquidierung der NATO aufgeworfen“ habe⁷².

Moskau stellt bereits seit mehreren Jahren - parallel zu seinem Widerstand gegen eine Osterweiterung der NATO - Forderungen nach einer „Reform“ der Allianz, die sowohl nach ihrem Inhalt als auch dem Ton, in dem sie vorgebracht werden, nicht den Eindruck vermitteln, daß sich - wie auch im Westen mitunter angenommen - das angeblich „schwache“ Rußland vor der „starken“ NATO „fürchtet“ oder von ihr (bzw. ihrer Führungsmacht USA) „verunsichert“ oder „eingeschüchtert“ worden wäre⁷³. Rußland verlangt von der NATO nicht weniger als den faktischen Verzicht auf die Rolle eines selbständigen Militärbündnisses:

- Die europäische Sicherheit muß von den Europäern gewährleistet werden, sodaß der Einfluß der USA in der NATO drastisch einzuschränken ist⁷⁴;
- die NATO darf ihre Infrastruktur nicht auf allfällige neue Mitglieder ausdehnen;
- Rußland geht es darum, „über NATO-Mechanismen diese oder jene russische Interessen zu realisieren“⁷⁵; vor allem will es über den durch die „Grundakte“ geschaffenen NATO-Rußland-Rat echten Einfluß auf Entscheidungen der NATO bekommen (vgl. Kap. VII.2.);
- die NATO hat eine „politische Union im Rahmen der OSZE“ zu werden⁷⁶;
- die NATO darf nur noch Peace-keeping-Operationen auf der Grundlage von UNO- und OSZE-Mandaten ausführen⁷⁷.

Damit würde die NATO „Krisenfeuerwehr“ von - ob ihrer Größe und den sehr widersprüchlichen Interessen ihrer Mitglieder oft ineffektiven - Organisationen ohne eigene militärische Strukturen, in denen Rußland ein Vetorecht hat. Die NATO würde praktisch der UNO bzw. der OSZE unterstellt und wäre in ihrer Aktionsfähigkeit von russischem Wohlwollen

⁷⁰ Segodnja 22.7.1997, S.4.

⁷¹ Zitiert nach APA317 5, 22.7.1997.

⁷² Rossijskaja gazeta 2.4.1997, S.7.

⁷³ Schirinowskij formulierte auf einer Pressekonferenz in Bagdad: „Die Amerikaner muß man nicht fürchten. Die sind wie Hooligans: Wenn kein Polizist da ist, sind sie mutig; wenn ein Polizist auftaucht, laufen sie sofort weg“ (zitiert nach Izvestija 10.12.1997, S.1).

⁷⁴ Dabei ergeben sich Berührungspunkte mit Frankreich. In Rußland werden denn auch sämtliche Kontroversen innerhalb der NATO - so zwischen Washington und Paris um die Besetzung des Südkommandos des Bündnisses in Neapel - aufmerksam verfolgt, und Frankreich steht auch in seiner Iran- und Irak-Politik Rußland erheblich näher als den USA.

⁷⁵ Rossijskaja gazeta 3.7.1997, S.7.

⁷⁶ Jelzin, zitiert nach Krasnaja zvezda 4.10.1997, S.2 bzw. APA313, 1.10.1997.

⁷⁷ So z.B. der damalige Verteidigungsminister Armeegeneral Igor Rodionow (zitiert nach Itogi 8.10.1996, S.16).

abhängig. Allerdings wäre unklar, wie die NATO selbst Peace-keeping-Missionen durchführen könnte, wenn eine auf einer Pressekonferenz im September 1995 erhobene Forderung Jelzins realisiert würde: „Die NATO darf keine irgendwie bewaffnete Organisation sein“⁷⁸.

Russische Vertreter zeigen immer wieder ihre Unzufriedenheit über die ihrer Meinung nach zu langsame bzw. überhaupt fehlende Transformation der NATO. Sergejew nannte die NATO „wenig reformiert“; sie bleibe „nach wie vor vor allem ein Militärblock“⁷⁹. Die Militärzeitung monierte, daß die Allianz fortfahre, „ihre Militärmaschine zu vervollkommen“⁸⁰. - Die Frage, inwieweit es einem Land zusteht, tiefgreifende „Reformen“ einer Organisation (bzw. sogar deren „Liquidierung“) zu fordern, der es selbst nicht angehört, stellt sich für Rußland nicht. Es würde jedenfalls allfällige (faktisch nicht zu erwartende) westliche „Reformvorschläge“ für die GUS bzw. deren Militärorganisation kategorisch zurückweisen. Daher sind keine Gründe zu sehen, aus denen Moskau ein Mitspracherecht bei Reformen in der NATO eingeräumt werden sollte. Zudem bietet das Drängen Moskaus auf eine „Demilitarisierung“ der NATO einen auffälligen Kontrast zu seinen eigenen Bemühungen, die „Integration“ in der GUS auch und gerade auf militärischem Gebiet zu forcieren (vgl. Kap. VIII.3.).

Die OSZE-Politik Moskaus ist klar seinen Zielen in den Beziehungen zur NATO untergeordnet. Sie soll vor allem „den Schaden für die nationalen Interessen Rußlands von der NATO-Osterweiterung mildern“⁸¹ und einen aus russischer Sicht drohenden „NATO-Zentrismus“ in Angelegenheiten der europäischen Sicherheit abwenden. Am Kopenhagener OSZE-Außenministertreffen (18./19.12.1997), wo an einer „Charta der europäischen Sicherheit“ gearbeitet wurde, warnten vor allem die ostmitteleuropäischen NATO-Beitrittswerber vor einer „OSZEisierung“ der NATO und einer Relativierung der Sicherheitsgarantie nach Art. 5 des NATO-Vertrages⁸². Russische Politiker und Medien waren jedenfalls mit den Ergebnissen des Gipfels zufrieden; allgemein dominierte die Einschätzung, die eigene Position weitgehend durchgesetzt zu haben⁸³.

Die Rolle der OSZE wird auch in der „Grundakte“ zwischen der NATO und Rußland hervorgehoben. Forderungen, die OSZE zum Dreh- und Angelpunkt der europäischen Sicherheitsarchitektur zu machen, sind auch im Westen populär, obwohl sie in den Krisen auf dem Balkan und in der GUS keine entscheidenden Vermittlungserfolge erzielen konnte. Allerdings lassen sich gerade KSZE- bzw. OSZE-Dokumente gegen die russischen Versuche, eine NATO-Mitgliedschaft ostmitteleuropäischer Länder zu verhindern, ins Treffen führen. So heißt es in einer Deklaration, die am KSZE-Gipfeltreffen in Budapest Ende 1994 verabschiedet wurde: „The participating States each have the sovereign right to belong or not to belong to international organizations, and to be or not to be a party to bilateral treaties, including treaties of alliance“⁸⁴. Ein am OSZE-Gipfeltreffen in Lissabon Ende 1996 beschlossenes Dokument bekräftigte u.a. „das ureigene Recht eines jeden Teilnehmerstaates, seine Sicherheitsvereinbarungen einschließlich von Bündnisverträgen frei zu wählen oder diese im Laufe ihrer Entwicklung zu verändern. Jeder Teilnehmerstaat wird diesbezüglich die Rechte aller anderen achten“⁸⁵.

⁷⁸ Press-konferencija prezidenta RF Borisa El'cina. In: Federal n' jus 8.9.1995.

⁷⁹ Zitiert nach Nezavisimaja gazeta 30.1.1998, S.1.

⁸⁰ Krasnaja zvezda 16.12.1997, S.3.

⁸¹ Segodnja 23.12.1997, S.4.

⁸² Nach FAZ 9.12.1997.

⁸³ Rußland hatte es abgelehnt, in der OSZE ein neues Entscheidungsprinzip anstelle der bisher erforderlichen Einstimmigkeit, nämlich „Konsens minus 1“, auch nur zu diskutieren. Es hielt das für einen Versuch, „Rußland das Recht der entscheidenden Stimme zu entziehen“ (Krasnaja zvezda 30.12.1997, S.3).

⁸⁴ Zitiert nach Peter Schmidt: Stand und Perspektiven der NATO-Erweiterung. Kritik der Kritik. In: Erich Reiter (Hg.): Österreichisches Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 1997. Graz/Wien/Köln 1997, S.258.

⁸⁵ Zitiert nach ÖMZ 1/1997, S.78f. Hervorhebung vom Autor.

V. Das Dreieck NATO - Ostmitteleuropa - Rußland

Im Westen kreisen die zu einer NATO-Erweiterung geführten Diskussionen und Kontroversen maßgeblich um die russischen Einwände dagegen⁸⁶. Die ostmitteleuropäischen Beitrittskandidaten - und konkret ihre Motive, Interessen, (Sicherheits-)Bedürfnisse und das Recht, über den Beitritt zu einer internationalen Organisation frei und souverän zu entscheiden - finden demgegenüber weit weniger Berücksichtigung. Damit konnte Rußland das Thema praktisch in seinem Sinne propagandistisch monopolisieren, und der gesamte Prozeß einer NATO-Ausdehnung wurde und wird vor allem unter dem Blickwinkel der Position Moskaus dazu betrachtet. Dies ist aber zur Erfassung der Vielschichtigkeit der Problematik unzureichend und einem sachlichen Diskurs abträglich.

Die ostmitteleuropäischen Staaten betonen stets, daß ihr Wunsch nach NATO-Mitgliedschaft nicht gegen dritte Staaten gerichtet ist. Auch wenn es kaum einen Zweifel gibt, daß die NATO auch als Rückversicherung vor unabsehbaren Entwicklungen in Rußland, die sich z.B. in Form von offenen restaurativen Ansprüchen auch auf Ostmitteleuropa auswirken könnten, angesehen wird, wird der Wunsch nach NATO-Beitritt in der Öffentlichkeit dieser Länder kaum mit einem ausdrücklichen Hinweis auf Rußland gerechtfertigt. So nannten bei einer Meinungsumfrage in Ostmitteleuropa und dem Baltikum zu den Themen Erweiterung von NATO und EU, die im März 1997 von der Europäischen Kommission veröffentlicht wurde, insgesamt (gewichteter Durchschnitt) nur 7% „Schutz vor Rußland“ als wichtigsten Grund, der für eine NATO-Mitgliedschaft spräche. Dagegen meinten 49%, daß „die NATO ... Sicherheit und Stabilität in unserer Region gewährleisten“ werde, und je 11% stimmten den Aussagen „Allgemeiner Fortschritt und Zusammenarbeit, nicht nur im militärischen Bereich“, „Wir brauchen Unterstützung durch die NATO“ und „Die NATO wird zur Kontrolle und Reform der Streitkräfte und der Rüstungsindustrie beitragen“ zu⁸⁷.

Mitgliedschaft in der NATO gilt in den ostmitteleuropäischen Staaten auch als wichtiges äußeres Zeichen der Zugehörigkeit zum Westen, von dem man sich 40 Jahre lang unfreiwillig abgetrennt fühlte⁸⁸. Außerdem glaubt man vielfach an die Möglichkeit, akute und latente Nationalitätenprobleme und Gebietsstreitigkeiten im Rahmen der europäischen bzw. euroatlantischen Integration entschärfen bzw. auflösen zu können. Tatsächlich gibt es Entwicklungen, die in diese Richtung gehen. Die NATO fordert bekanntlich vor Aufnahmeverhandlungen geregelte Beziehungen zu allen Nachbarländern, und die Beitrittswerber haben sich denn auch darum bemüht: Ungarn und Rumänien stellten ihr mehrere Jahre hindurch nicht friktionsfreies Verhältnis durch den Abschluß eines Nachbarschaftsvertrages im September 1996 auf eine neue Basis; am 21.5.1997 unterzeichneten die Präsidenten Polens und der Ukraine, Aleksander Kwasniewski und Leonid Kutschma, eine gemeinsame Erklärung über Verständigung und Aussöhnung; und Rumänien und die Ukraine schlossen am 2.6.1997 (d.h. kurz vor dem Madrider NATO-Gipfel) einen Vertrag über Freundschaft, gute Nachbarschaft und Zusammenarbeit ab, in dem sie sich verpflichteten, künftig keine territorialen Ansprüche gegeneinander zu erheben. - Es kann kaum ein Zweifel bestehen, daß die Hoffnungen Ungarns, Polens und Rumäniens auf baldige Mitgliedschaft in der NATO das Zustandekommen dieser Regelungen zumindest beschleunigt hat.

⁸⁶ Vgl. z.B. Martin Malek: Russische „Sicherheitsinteressen“ über alles? In: Osteuropa 12/1997, S.1250ff.

⁸⁷ Nach George Cunnigham: Die Erweiterung der EU und der NATO: Die Entwicklung der öffentlichen Meinung in einigen beitriftswilligen Staaten. In: NATO Brief Mai-Juni 1997, S.16ff.

⁸⁸ Vgl. dazu Fouzieh Melanie Alamir/August Pradetto: Identitätssuche als Movens der Sicherheitspolitik. Die NATO-Erweiterungsdebatte im Lichte der Herausbildung neuer Identitäten im postkommunistischen Ostmitteleuropa und in der Allianz. In: Osteuropa 2/1998, S.134ff.

Istvan Gyarmati, Staatssekretär im ungarischen Verteidigungsministerium, bestritt einen Verlust der Existenzberechtigung der NATO mit dem Ende von Warschauer Pakt und UdSSR (1991). Die gemeinsamen Werte, auf denen die NATO seit 1949 beruhe, seien nicht verschwunden, und die Allianz habe mit der Verbreitung von Stabilität und der Unterstützung demokratischer Umgestaltungen auch neue Aufgaben. NATO-Mitgliedschaft bedeute „Stabilität - nicht nur militärisch, sondern auch sozial und wirtschaftlich“, da sich die Rahmenbedingungen für Auslandsinvestitionen verbessern und die Handelsbeziehungen zum Westen vertiefen würden. Zudem mache die NATO die Verteidigung einfacher und letztlich billiger: Wenn Ungarn seine Sicherheit alleine garantieren wollte, wäre dies sehr viel teurer. Zudem liege das Land nahe an den Krisenregionen des Balkans. Eine NATO-Zugehörigkeit Ungarns bedrohe niemanden. Wenn Rußlands politische Klasse ihre Interessen wirklich wahrnehme, müsse sie eine NATO-Erweiterung sogar begrüßen. Rußland und das „übrige Europa“ sähen sich den gleichen Herausforderungen - Terrorismus, Fundamentalismus, Nationalismus - gegenüber⁸⁹.

Diese Auffassungen werden in Rußland allerdings entschieden nicht geteilt. Es bestreitet naturgemäß eine stabilisierende Wirkung einer NATO-Erweiterung⁹⁰ und nimmt den Standpunkt ein, daß ein NATO-Beitritt ostmitteleuropäischer Staaten bereits deshalb überflüssig sei, weil es keine „Gefahr aus dem Osten“ gäbe. Insgesamt ist auffallend, daß Moskau die Allianz selbst - und vor allem die USA - immer weit heftiger kritisiert hat als die NATO-Beitrittswerber. Die Ursache dafür ist, daß es diesen die Unabhängigkeit und Freiheit ihres Entschlusses, der NATO beizutreten, abspricht und stattdessen dem Westen unterstellt, „vielfältige Beeinflussungsmittel“ eingesetzt zu haben, um sie dazu zu bringen, in die NATO zu gehen⁹¹.

In der russischen Presse - darunter in offiziellen Blättern - wird immer wieder der angeblich zu schnelle Abzug (oder der Abzug als solcher) der sowjetischen bzw. russischen Truppen aus den früheren Mitgliedsländern des Warschauer Paktes kritisiert, der maßgeblich dazu beigetragen habe, eine NATO-Erweiterung überhaupt erst möglich zu machen⁹². Zudem gibt es Hinweise, daß sich Moskau nicht von der Vorstellung gelöst hat, irgendwann nach Überwindung der gegenwärtigen „Schwäche“ seinen früheren Einfluß auf Ostmitteleuropa zumindest teilweise wiederherstellen zu können. Rußland beansprucht nämlich nach wie vor *ganz* Ostmittel- und Osteuropa (d.h. nicht nur die früheren Sowjetrepubliken) als eigenen „geopolitischen Raum“⁹³ und „historisch entstandene Interessensphäre“. „Wir können die Versuche der USA nicht dulden, unter dem Deckmantel der Vermittlung und der friedensstiftenden Aktivitäten den Platz Rußlands in den Ländern seines traditionellen Einflusses zu besetzen“⁹⁴.

Russische Drohungen mit Wirtschaftssanktionen (vgl. Kap. VIII.5.) und militärischer Gewalt (vgl. Kap. VIII.6.) lösten in Ostmitteleuropa weder Besorgnis noch größere Bereitschaft aus, Moskauer Anliegen vermehrt Rechnung zu tragen - im Gegenteil fühlten sich diese Länder in ihrem Kurs in die NATO nur noch bestätigt. Rußland stellte daraufhin seine Fähigkeit, eine außenpolitische Linie angesichts fortgesetzter Erfolglosigkeit anzupassen, unter Beweis, indem es - parallel zu einer weiteren Bekämpfung der NATO-Erweiterung als solcher - versuchte, mit den ostmitteleuropäischen Staaten wenigstens im Rüstungsgeschäft zu bleiben.

⁸⁹ Vortrag Gyarmatis an der Landesverteidigungsakademie (Wien), 27.1.1998.

⁹⁰ So nannte der russische Generalstabschef Armeegeneral Anatolij Kwashnin auf dem letzten OSZE-Seminar über Verteidigungspolitik und Militärdoktrinen in Wien eine NATO-Osterweiterung „möglichen Faktor einer Destabilisierung“ (zitiert nach NZZ 31.1./1.2.1998, S.5).

⁹¹ Wostok 4/1997, S.12.

⁹² Vgl. z.B. Rossijskaja gazeta 2.4.1997, S.7; Nezavisimaja gazeta 7.5.1997, S.1.

⁹³ A.a.O. (Anm. 20).

⁹⁴ So ein Anfang 1993 veröffentlichtes außenpolitisches Konzept; zitiert nach Die Zeit 51/1995, S.11.

Die ostmitteleuropäischen NATO-Beitrittswerber spüren nun keinen Druck aus Moskau. Bulgarien ist demgegenüber in einer anderen Situation. Das Land hatte unmittelbar nach einem Regierungswechsel im Frühjahr 1997 explizit Kurs auf (in der nächsten Zukunft allerdings unrealistische) Mitgliedschaften in NATO und EU genommen. Moskau reagierte, indem es Bulgarien u.a. bei den Verhandlungen um ein neues Lieferabkommen für russisches Erdgas nachdrücklich an seine wirtschaftliche Abhängigkeit „erinnerte“. Der bulgarische Innenminister Bogomil Bonew warf Rußland Ende September 1997 vor, sein Land „wirtschaftlich an die Wand gedrückt“ zu haben; Moskau müsse „seine imperialistische Einstellung zu Bulgarien überwinden“⁹⁵. Dem bulgarischen Botschafter in Moskau wurde jedoch im russischen Außenministerium klargemacht, daß sein Land (das in der kommunistischen Zeit wegen seiner besonderen Nähe zu Moskau mitunter „16. Sowjetrepublik“ genannt wurde) nach wie vor „in der Interessensphäre Rußlands“ liegt⁹⁶. Der bulgarische Präsident Pjotr Stojanow und seine bürgerliche Regierung sind in Moskau sehr unbeliebt. Der Hauptvorwurf lautet, durch die Hinwendung zum Westen „Verrat an Rußland“ begangen zu haben⁹⁷. Der Jelzin-Berater Andranik Migranjan fand vor bulgarischen Politikern klare Worte: Die russische Öffentlichkeit müsse „erst noch begreifen“, daß Bulgarien inzwischen „ein feindliches Land“ sei. Es sei falsch, daß Rußland keine imperiale Macht mehr sein wolle - es habe bloß zur Zeit keine Mittel dazu. Da nun eben auch Bulgarien in die NATO strebe, habe Rußland auf dem Balkan nur noch einen Freund: Jugoslawien⁹⁸.

Allerdings unterhalten auch Rußland und Griechenland sehr gute Beziehungen, die u.a. in einer gemeinsamen Unterstützung Belgrads Ausdruck finden. Primakow sprach bei einem Besuch in Athen Mitte Februar 1998 von „historischen, traditionell engen Banden“ zwischen Russen und Griechen⁹⁹, und Samuel Huntington meinte sogar, daß Griechenland schon „beinahe mehr ein Verbündeter Rußlands als ein NATO-Mitglied“ sei¹⁰⁰. Griechenland beweist, daß sich NATO-Mitgliedschaft und enge Kontakte zu Rußland keineswegs ausschließen.

VI. Westliche Positionen

Geraume Zeit liefen zahlreiche Aussagen westlicher Politiker zumindest indirekt darauf hinaus, daß ihnen die Nachdrücklichkeit der Forderungen ostmitteleuropäischer Staaten nach NATO-Mitgliedschaft angesichts des russischen Drucks unangenehm ist und sie sich wünschen würden, diese Frage auf unbestimmte Zeit verschieben zu können. Zeitweise sah es einem Bericht der Friedrich Ebert-Stiftung der SPD zufolge so aus, daß der Westen bei der Entscheidungsfindung zur NATO-Erweiterung „nicht die Abwägung der Eigeninteressen der NATO, der NATO-Mitgliedstaaten und der Beitrittskandidaten ... , sondern die Interessen Rußlands“ in den Mittelpunkt stellte¹⁰¹. In diesem Kontext stand auch das lange Zögern der NATO, einen Zeitplan für die Aufnahme neuer Mitglieder auch nur in Aussicht zu stellen. Die Schaffung des Nordatlantischen Kooperationsrates (Ende 1991) und der PfP (Anfang 1994) sollte einerseits die Beitrittswerber „ruhigstellen“ und andererseits Rußland zeigen, daß ohnedies keine forcierte Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO beabsichtigt ist. Ein erklärter Gegner jeder NATO-Ausdehnung vermutete denn auch, daß es die ursprüngliche (wenn-

⁹⁵ Zitiert nach APA518, 25.9.1997.

⁹⁶ APA076 9.10.1997.

⁹⁷ Nach Itogi 49/1997, S.43.

⁹⁸ Nach Die Presse 24.12.1997, S.5.

⁹⁹ Zitiert nach NZZ 18.2.1998, S.4.

¹⁰⁰ Interview, in Conturen 2/1997, S.32.

¹⁰¹ Henrik Bischof: Rußlands Wahlen und die NATO-Osterweiterung. Friedrich Ebert-Stiftung. Forschungsinstitut, Abteilung Außenpolitikforschung. Bonn, April 1996, S.1.

gleich nicht offen deklarierte) Absicht von Pfp war, „die Vorschläge zur NATO-Osterweiterung vom Tisch zu bringen“¹⁰².

Jene westlichen Politiker und Politologen, die eine Osterweiterung der NATO unter Verweis auf russische „Sicherheitsinteressen“ ablehnen, würden umgekehrt wohl kaum Ungarn, Polen und Tschechien unterstützen, wenn diese - unrealistisch genug - unter Berufung auf ihre „Sicherheitsinteressen“ den Austritt Rußlands aus der GUS (oder zumindest eine Auflösung ihrer Militärstrukturen) verlangten. Zudem ist kein Grund zu sehen, aus dem die Sicherheitsinteressen Rußlands höher bewertet werden sollten als die der ostmitteleuropäischen Staaten, die sie eben durch eine Mitgliedschaft in der NATO am besten gewahrt sehen. Auch die vielfach im Westen verlangte Rücksichtnahme auf angebliche oder tatsächliche „Empfindlichkeiten“ Rußlands oder dessen „psychologische Probleme“ mit einer NATO-Osterweiterung - so hieß es u.a., daß es dadurch „verbittert“ würde¹⁰³ - wirft Fragen auf: Besteht nicht auch die Möglichkeit, in den ostmitteleuropäischen Staaten durch Verweigerung einer NATO-Mitgliedschaft „Verbitte- rung“ auszulösen? Oder wäre das gleichgültig, weil der Stellenwert dieser Staaten zu gering ist?

Diese Fragen sind weit seltener Gegenstand der Aufmerksamkeit von Fachleuten, Presse und öffentlicher Meinung im Westen als die russischen Einwände gegen eine NATO-Osterweiterung, die oft - und zwar auch und gerade in der US-Publizistik - weitgehend unreflektiert weitergegeben werden. Polens Präsident Kwasniewski meinte, daß die Aufnahme neuer Mitglieder zwei Feinde habe, nämlich Moskau und die „New York Times“. In Rußland verfolgt man die NATO-Diskussion im Westen naturgemäß mit großer Aufmerksamkeit. So schrieb die Militärzeitung, daß eine NATO-Erweiterung „nicht nur von Rußland, sondern auch von einer breiten Öffentlichkeit des Westens negativ aufgenommen wird“ - und untermauerte dies mit dem Nachdruck eines Artikels aus der US-Zeitschrift „Newsweek“¹⁰⁴.

Kritiker im Westen lehnen eine NATO-Erweiterung auch mit dem Argument ab, daß diese die „Beziehungen zu Moskau belasten“ würde. Umgekehrt wird in Rußland grundsätzlich nicht zum Verzicht auf bestimmte politische Schritte aufgerufen, weil diese das Verhältnis zum Westen „belasten“ könnten. Kaum ein westlicher Politiker hat Moskau vor einer Verschlechterung der Beziehungen gewarnt, obwohl dessen Politik dafür durchaus Anlässe gegeben hätte bzw. gäbe: Die von Jelzin veranlaßte Intervention in Tschetschenien (1994-96), die nach Angaben Lebeds ca. 80.000 Tote und 240.000 Verletzte forderte¹⁰⁵; Unterstützung bewaffneter prorussischer Separatisten in der GUS (Abchasien, Südossetien, Dnjestr-Gebiet, Berg-Karabach); Gebietsansprüche hoher russischer Gremien (z.B. des Parlaments) oder Funktionäre (z.B. des Bürgermeisters von Moskau) an die Ukraine (vor allem auf Sewastopol und die Krim); keine Ratifizierung von Abrüstungsverträgen (wichtig vor allem START II); Vollstreckung von Todesurteilen auch nach der Aufnahme in den Europarat; demonstrativ enge Beziehungen zu autoritären bzw. totalitären Regimen (vor allem Belarus, Tadschikistan, Serbien, Iran, Irak); eine sehr selbstbewußte und mitunter harsche Rhetorik, die sich zu Warnungen vor einem „Krieg in ganz Europa“ (Jelzin am 8.9.1995 anläßlich der Bombardierung von Stellungen der bosnischen Serben durch NATO-Kampfflugzeuge) und einem „Dritten Weltkrieg“ (so Jelzin wie auch der kommunistische Dumavorsitzende Gennadij Selesnjow Anfang Februar 1998 zur Irak-Krise) steigerte. Auch dies hat aber keine Irritationen ausgelöst – „im Gegenteil, der Westen antwortete auf die geschlossene antiwestliche Rhetorik mit Beschwichtigungen und Angeboten zur Zusammenarbeit“¹⁰⁶.

¹⁰² A.a.O. (Anm. 31), S.22.

¹⁰³ Gastkommentar George F. Kennans, in: Die Zeit 8/1997, S.8.

¹⁰⁴ Krasnaja zvezda 10.1.1997, S.3.

¹⁰⁵ Nach Izvestija 5.9.1996, S.1; APA611, 2.10.1996.

¹⁰⁶ A.a.O. (Anm. 10 [Auf der Suche...]).

Nach dem Eindruck einer Moskauer Zeitung gaben Vertreter der NATO „den Russen ständig zu verstehen, daß sie zwecks Beseitigung der Spannungen zu vielem bereit sind“. Und: „Sowohl Javier Solana als auch seine engen Berater sind Rußland gegenüber positiv eingestellt“¹⁰⁷. Im Westen hoffte man insbesondere, Moskau durch zahlreiche Zugeständnisse – (weitere) Aufstockungen der CFE-Quoten Rußlands an den „Flanken“ im Nordwesten und Süden¹⁰⁸, Teilnahme Jelzins an den Sitzungen der Gruppe der wichtigsten Industrieländer (G-7; von Rußland längst in „G-8“ umbenannt), Aufnahme in internationale Finanzorganisationen, weitere Kredite u.a. des (von westlichen Staaten dominierten) Internationalen Währungsfonds (IWF), Aufnahme in den Europarat (Anfang 1996, d.h. während der Intervention in Tschetschenien) - die NATO-Erweiterung doch noch „schmackhaft“ zu machen. Rußland hat allerdings alle ihm angebotenen „NATO-Zuckerln“¹⁰⁹ angenommen, um dann weiterhin gegen eine Ausdehnung der Allianz zu agitieren. Alle Schritte, die ein Entgegenkommen signalisieren sollten, führten lediglich dazu, daß sich der russische Widerstand intensivierte - Rußland fühlte sich durch „ewiges Lavieren ... nur in einer trotzigen Protesthaltung bestärkt“¹¹⁰. Eine „demokratische“ Moskauer Zeitung urteilte, daß die Versuche westlicher Politiker, die russische Position zu einer NATO-Ausdehnung aufzuweichen, „genau das gegenteilige Resultat erbracht haben“¹¹¹. Und: „Es entsteht der Eindruck, daß der Appetit russischer Politiker, die mit der NATO verhandeln, abhängig davon wächst, wie oft neue ‚Parlamentarier‘ der Allianz nach Moskau kommen, um sie zu überreden“¹¹². Ein deutsches Nachrichtenmagazin, dem schwerlich eine Nähe zu einer „Mentalität des Kalten Krieges“ zu unterstellen ist, urteilte: „Die Bilanz westlichen Entgegenkommens ist ... ernüchternd. Die russische Außenpolitik ist aggressiver, keineswegs partnerschaftlicher geworden“¹¹³. Eine angesehene Schweizer Zeitung meinte, daß Moskau „in der Frage der Osterweiterung nur Obstruktionspolitik betreiben (hat), indem es in mehr oder minder aggressiver Form seine Ablehnung kundtat. ... Wären auf westlicher Seite ähnliche Töne gefallen ... hätte die russische Empörung über Revanchismus und Rückfälle in den kalten Krieg keine Grenzen gekannt. Moskau werden hingegen solche Ausfälle nachgesehen und als innenpolitisch motivierte Äußerungen abgetan. Die westlichen Diskussionen, ob man nicht den russischen Reformern zuliebe eine äußerst zurückhaltende, jede Provokation vermeidende Politik praktizieren müsse, führt in die Irre. Sie wird in Tat und Wahrheit seit langem von den westlichen Mächten als offizielle Politik betrieben, und es hat nicht den Anschein, als honoriere der Kreml dies“¹¹⁴.

Tatsächlich hat Rußland keine Notwendigkeit, seine Politik - und konkret das Verfahren, nach der Erfüllung alter Forderungen sofort neue zu stellen - zu ändern, solange vom Westen bzw. der NATO keine Bedingungen geschaffen werden, die dies erforderlich machen würden. Es gibt nämlich durchaus Möglichkeiten, auf das Außenverhalten Rußlands Einfluß zu nehmen, wenngleich es gilt, sich des Umstandes bewußt zu sein, daß westliche Verhandlungsstrategien und Konfliktregelungsmechanismen gegenüber Rußland mit seiner völlig anderen politischen Kultur nicht oder nur beschränkt greifen. So meinte der russische Menschenrechtsaktivist Sergej Kowaljow (ein ehemaliger Mitarbeiter von Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow): „Der Westen ist in Bezug auf Rußland nicht sehr anspruchsvoll. Und entsprechend reagieren die russischen Politiker. Der Westen will nicht begreifen, daß man auf Rußland

¹⁰⁷ Izvestija 18.1.1997, S.3.

¹⁰⁸ Vgl. Martin Malek: Die europäische Dimension der Sicherheitspolitik Rußlands. Grundlagen - aktuelle Entwicklungen - Perspektiven. Wien 1997, S.130ff.

¹⁰⁹ So eine Artikelüberschrift im Kurier 20.9.1996, S.5.

¹¹⁰ NZZ 23./24.3.1996, S.1.

¹¹¹ Segodnja 19.2.1997, S.1.

¹¹² Segodnja 20.2.1997, S.3.

¹¹³ Der Spiegel 8/1996, S.23; vgl. auch NZZ 23./24.3.1996, S.1f.

¹¹⁴ NZZ 21.1.1997, S.1.

wirklich Druck ausüben muß, wenn man etwas bewegen will. Wenn westliche Politiker oder Diplomaten Tadel oder Kritik an Rußland vorzubringen haben, dann tun sie das auf eine Art und Weise, daß die Angesprochenen das als Kompliment auffassen können¹¹⁵.

In den ostmitteleuropäischen Ländern ist die Bereitschaft, den russischen Bedenken im Zusammenhang mit einer NATO-Erweiterung Rechnung zu tragen, offenkundig signifikant niedriger als im Westen. Spitzenpolitiker warnen immer wieder vor zu großen Zugeständnissen der NATO. So hielt es der seinerzeitige linke polnische Ministerpräsident Wlodzimierz Cimoszewicz für „völlig unakzeptabel, daß Rußland um Erlaubnis gefragt wird, ob die NATO sich erweitern darf“¹¹⁶, und Tschechiens Präsident Vaclav Havel forderte die NATO auf, sich „ihre Haltung nicht von Moskau diktieren (zu) lassen“¹¹⁷. Es war auch mitunter die Auffassung anzutreffen, daß sich die NATO die Kontroversen mit Rußland selbst eingehandelt hat, weil sie dieses quasi um „Erlaubnis“ für die Osterweiterung gebeten habe, anstatt sie einfach durchzuführen.

Die baltischen Staaten (von GUS-Staaten ganz abgesehen) haben aus „Rücksicht“ der NATO auf Rußland in der nächsten Zukunft keine Aussichten, Mitglieder der Allianz zu werden. Dies läuft darauf hinaus, daß Moskau - entgegen allen Versicherungen der NATO - doch ein Vetorecht in einer zentralen Frage, nämlich eben der Aufnahme neuer Mitglieder, hat. Je länger Estland, Lettland und Litauen nicht der NATO beitreten können, desto eher wird man in Moskau geneigt sein, eine westliche Anerkennung des Baltikums als Bestandteil der russischen „Interessensphäre“ zu unterstellen. Dies konterkarierte allerdings klar die erklärten außen- und sicherheitspolitischen Ziele der Balten.

VII. Ansätze zur Kooperation NATO - Rußland

VII.1. Peacekeeping in Bosnien

Die damaligen Verteidigungsminister der USA und Rußlands, William Perry und Armeegeneral Pawel Gratschow, verhandelten mehrmals über den Modus der russischen Teilnahme an der internationalen Friedenstruppe IFOR. Rußland lehnte dabei eine Unterstellung seiner Truppen unter NATO-Kommando von Anfang an ab und setzte sich durch; Gratschow zufolge erfüllte die US-Seite die russischen Forderungen zur Organisation der Kommandostruktur „vollkommen“¹¹⁸. Ende Oktober 1995 gaben Perry und Gratschow bekannt, daß die leicht bewaffneten russischen Truppen in Bosnien formal dem US-General George Joulwan in seiner Eigenschaft als US-Offizier (und nicht als NATO-General) unterstellt sein und Hilfsfunktionen (vor allem Transport, Ingenieurarbeiten) ausführen sollen. Die russische Seite legte großen Wert darauf, daß die schriftlichen Befehle Jowlwans an die russischen Truppen nicht auf NATO-Formularen ausgefertigt werden¹¹⁹.

Es blieb letztlich unklar, warum die USA Rußland, das an seiner Unterstützung Serbiens (und der Serben in Kroatien und Bosnien, darunter der als Kriegsverbrecher angeklagten Radovan Karadzic und Ratko Mladic) nie einen Zweifel hat aufkommen lassen, unbedingt bei dieser sensiblen Mission dabeihaben wollten und dafür bereit waren, auf alle Ansprüche Moskaus einzugehen. Es wurde vermutet, daß sich die USA von einer russischen Teilnahme an IFOR bzw. der Nachfolgemission SFOR eine Aufweichung der Moskauer Haltung zu einer

¹¹⁵ Interview, in: Die Presse 2.10.1995, S.3.

¹¹⁶ Interview, in: Die Presse 11.4.1997, S.6.

¹¹⁷ Interview, in: Die Presse 24.3.1997, S.3.

¹¹⁸ Nach Segodnja 10.11.1995, S.1.

¹¹⁹ Vgl. Leontiy P. Shevtsov: Russian-NATO military cooperation in Bosnia: A basis for the future? In: NATO review, March 1997, S.17ff.

NATO-Ausdehnung erwartet haben. Solche Hoffnungen war von russischen Kommentatoren allerdings von Anfang an als unbegründet zurückgewiesen worden.

Wie bereits die russischen Angehörigen der UNO-Friedenstruppe UNPROFOR in Kroatien fraternisierten auch die russischen Soldaten in Bosnien mit den Serben¹²⁰. Moskau verurteilte zudem die - von westlichen Einheiten ohnedies mit wenig Nachdruck betriebene - „Jagd nach Kriegsverbrechern“ (die mehrheitlich Serben sind) stets als „Überschreitung des Mandats“ der SFOR.

VII.2. Die „Grundakte“

Als Rußland eine „Stimme“ bzw. sogar ein „Mitspracherecht“ in der NATO forderte, sah man das im Westen (ohne vorangegangene Abwägung der damit verbundenen Vor- und Nachteile für die Allianz) allgemein als völlig gerechtfertigt an. Die NATO erhob keine Forderung nach einer Vertretung in den militärischen Instanzen der GUS, die bereits aus Gründen der Reziprozität durchaus Sinn gemacht hätte.

Auch angesehene westliche Medien behaupteten nach der Einigung auf die „Grundakte über gegenseitige Beziehungen, Zusammenarbeit und Sicherheit zwischen der NATO und der Rußländischen Föderation“, daß Moskau damit einer Aufnahme neuer Mitglieder in die NATO zugestimmt habe¹²¹. Diese Einschätzung entbehrt allerdings jeder Grundlage. Russische Vertreter haben vor und nach der Unterzeichnung des Dokuments (27.5.1997 in Paris) keinen Zweifel daran gelassen, daß es - ebenso wie alle sonstigen Verhandlungen, Verträge, gemeinsame Institutionen, Missionen, Übungen, Manöver und finanzielle Unterstützungen - ihre grundsätzlich ablehnende Haltung zur NATO-Osterweiterung nicht ändern kann. Die „Grundakte“ solle, so wurde offiziell immer wieder betont, lediglich „den Schaden für die nationalen Interessen Rußlands minimieren“, den eine größere NATO unweigerlich mit sich bringen werde.

Bei den Verhandlungen um die „Grundakte“ waren nach dem Eindruck einer Moskauer Zeitschrift „die Anstrengungen der russischen Politiker darauf gerichtet, ein Maximum an Zugeständnissen des Westens herauszuholen und dabei dessen Unwillen auszunutzen, eine schwere Krise in den Beziehungen zu Rußland zu bekommen“¹²². Auch manche westliche Beobachter fanden, daß die zahlreichen westlichen Funktionäre, die mit der russischen Seite Gespräche führten, vor allem ein Ziel hatten: „Wenn irgend möglich, will man der gefallenen Weltmacht jeden Wunsch erfüllen, der sie die Schmach leichter ertragen läßt, daß sich die NATO ehemalige Warschauer-Pakt-Staaten einverleiben wird. Und für die Russen scheint sich das schlechte Gewissen des Westens auszuzahlen - politisch wie finanziell“¹²³. Tatsächlich machte der IWF zwei Tage nach der Einigung auf die „Grundakte“ einen langerwarteten Großkredit von umgerechnet 8,5 Mrd. Schilling flüssig. Insgesamt soll Rußland, das mit Auslandsverbindlichkeiten von 127,4 Mrd. Dollar der (nach Brasilien und Mexiko) weltweit drittgrößte Schuldner ist¹²⁴, bis zum Jahr 2000 IWF-Kredite von umgerechnet 120 Mrd. Schilling erhalten¹²⁵.

¹²⁰ Vgl. a.a.O. (Anm. 108), S.185ff.

¹²¹ Vgl z.B. die Schlagzeile der International Herald Tribune 15.5.1997: „Russia Agrees to NATO Expansion“.

¹²² Novoe vremja 11/1997, S.31.

¹²³ Der Spiegel 10/1997, S.22.

¹²⁴ Ognian Hishow: Öffentliche Verschuldung in osteuropäischen Transformationsländern. Ursachen, Folgeprobleme, Lösungsversuche. Berichte des BIOst 49/1997, S.13f.

¹²⁵ Nach Kurier 28.5.1997, S.5.

Die Reaktionen auf die „Grundakte“ waren im Westen praktisch einhellig positiv bis euphorisch, während in Rußland skeptische bis schroff ablehnende Stimmen dominierten. So meinte der damalige Verteidigungsminister Armeegeneral Igor Rodionow, daß die NATO in Rußland „immer ein bestimmtes Unverständnis und Feindseligkeit auslösen“ werde, und der Vorsitzende des Dumausschusses für Sicherheit, Viktor Iljuchin (KPRF), sah einen „Verrat der nationalen Interessen Rußlands“¹²⁶. Schirinowskij verglich das Dokument mit dem Hitler-Stalin-Pakt von 1939: „Wir schlossen damals einen Nichtangriffspakt, und was passierte zwei Jahre später? Ein Direktangriff!“¹²⁷. Die positiveren russischen Stimmen, so z.B. der Jelzin-Berater Sergej Kortunow, hoben hervor, daß sich Rußland mit der „Grundakte“ einen wichtigen Platz in der NATO gesichert habe. Während die Mitgliedswerber noch bis 1999 warten müßten, um an der Entscheidungsfindung in der NATO beteiligt zu werden, könne Rußland ab sofort in seinem Sinne intervenieren¹²⁸.

In der „Grundakte“ heißt es u.a., daß die Allianz in neuen Mitgliedsländern weder ständige Truppenkontingente unterhalten noch Atomwaffen stationieren¹²⁹ wird. Primakow hatte allerdings schon zuvor auch für den Fall derartiger Zusicherungen eine NATO-Erweiterung „völlig unannehmbar“ genannt, denn der Umstand, daß Truppen in einigen Stunden verlegt werden könnten, schaffe einen „Unsicherheitsfaktor“¹³⁰. Die Selbstbeschränkungen des Nordatlantischen Bündnisses könnten jedoch dazu führen, daß „zwei Klassen“ von Mitgliedern entstehen, und im Gegensatz zu russischen Behauptungen dürfte es „selbst in Krisenzeiten für die NATO politisch sehr schwierig werden, militärische Verbände auf dem Gebiet der östlichen NATO-Partner zu dislozieren“¹³¹. Rußland übernahm demgegenüber keine Beschränkungen bei der Stationierung von Streitkräften in seinem westlichen und südlichen GUS-Vorfeld, d.h. in Belarus, dem Dnjestr-Gebiet (Moldowa), der Krim (Ukraine), Armenien und Georgien; sie werden auf jeden Fall bleiben. Zudem wurde in die „Grundakte“ auch die alte russische Forderung einer „Anpassung“ des 1990 abgeschlossenen CFE-Vertrages angesichts eines „veränderten europäischen Sicherheitsumfeldes“ übernommen¹³², was auf höhere Rüstungsquoten für Rußland bzw. niedrigere für die NATO hinauslaufen dürfte.

Die „Grundakte“ enthält mehrere nicht näher bestimmte bzw. dehnbare Formulierungen. Der „Kampf verschiedener Interpretationen“¹³³ begann bereits vor ihrer Unterzeichnung; es wurde sofort klar, daß Moskau die Kompetenzen des NATO-Rußland-Rates extensiv auszulegen gedenkt. Jelzin erklärte, daß Rußland nun jede Entscheidung der NATO, mit der es nicht einverstanden ist, blockieren könne. Das wurde von NATO-Generalsekretär Solana, US-Präsident Bill Clinton und seiner Außenministerin Madeleine Albright bestritten, und tatsächlich heißt es in der „Grundakte“, daß sie der NATO und Rußland keinerlei Vetorecht in Angelegenheiten der jeweils anderen Seite einräumt und die jeweiligen Rechte auf unabhängige Entscheidungsfindung und unabhängiges Handeln nicht beeinträchtigt. Jelzin bekräftigte jedoch mit einer Drohung die russische Absicht, auf Entscheidungen der NATO Einfluß zu

¹²⁶ Zitiert nach Segodnja 16.5.1997, S.3.

¹²⁷ Zitiert nach Die Presse 22.5.1997, S.4.

¹²⁸ Nach Osteuropa 2/1998, A 52.

¹²⁹ Eine solche Zusicherung hatte bereits das Abschlußkommunique des Treffens der NATO-Außenminister in Brüssel vom 10./11.12.1996 enthalten, und sie ging auch in die im Juli 1997 abgeschlossene „Charter on a Distinctive Partnership“ zwischen der NATO und der Ukraine ein.

¹³⁰ Zitiert nach Krasnaja zvezda 26.7.1996, S.3.

¹³¹ Karl Heinz Kamp: NATO-Rußland-Grundakte: Trojanisches Pferd oder Meilenstein des Ausgleichs. In: Außenpolitik IV/1997, S.321.

¹³² Vgl. die „Grundakte“, in: Internationale Politik 9/1997, S.82.

¹³³ So Jelzins Pressesprecher Sergej Jastrzhembskij; zitiert nach APA198, 20.5.1997.

nehmen: „Wenn die NATO Beschlüsse faßt, ohne die russische Meinung in Betracht zu ziehen, werden wir unsere Beziehungen mit der Allianz überprüfen müssen“¹³⁴.

Für den bekannten Politologen Sergej Rogow, Direktor des Instituts für USA und Kanada der Akademie der Wissenschaften Rußlands, ist aufgrund der „Grundakte“ klar, daß alle Aktivitäten der NATO unter Einsatz von Gewalt - mit Ausnahme der Verteidigung bei einer seiner Meinung nach „äußerst unwahrscheinlichen“ Aggression gegen das Bündnis - nun mit Rußland „abgestimmt“ werden müssen. Folglich „entziehen wir dem Westen die ‚Freiheit der Hände‘ und machen z.B. so einseitige Aktionen wie die Bombardements der bosnischen Serben 1995 (vor denen die NATO den Serben eine Liste der Ziele übergeben hat, M.M.) unmöglich“¹³⁵. Die Frage, warum sich die NATO von Rußland eigentlich angeblich die „Freiheit der Hände“ hat „entziehen“ lassen, wurde von Rogow nicht aufgeworfen.

Die „Grundakte“ soll explizit nicht die Hauptverantwortung des UNO-Sicherheitsrates für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit beschneiden. Bei ihrer Umsetzung würden die NATO und Rußland ihre Verpflichtungen aus dem Völkerrecht und aus internationalen Übereinkünften einschließlich der UNO-Charta einhalten¹³⁶. - In der Darstellung des stellvertretenden russischen Außenministers Nikolaj Afanasjewskij bedeutet dies, daß „jegliche Aktivitäten“ der NATO, darunter Aktionen mit Elementen des Zwangs und militärischer Gewalt, nur auf der Grundlage eines Mandats des UNO-Sicherheitsrates durchgeführt werden können. Daher habe Rußland als ständiges Mitglied des UNO-Sicherheitsrates die Möglichkeit, „die Einhaltung der Normen des Völkerrechts zu sichern“¹³⁷.

Dabei handelt es sich zweifellos um russische Überinterpretationen. Sie entspringen aber der bereits ab 1994, vor allem aber 1995 verfolgten Linie Rußlands, weit weniger eine echte und für beide Seiten fruchtbringende militärpolitische Zusammenarbeit mit der NATO zu suchen als einen verbindlichen Mechanismus herzustellen, über den es seine Interessen gegenüber und in der Allianz artikulieren und so weit wie möglich durchsetzen kann¹³⁸. Der NATO-Rußland-Rat stellt nun eben diesen Mechanismus bereit. Moskau kann mit ihm die politische Agenda der NATO beeinflussen und die vorgesehenen Konsultationen in die von ihm gewünschte Richtung lenken. Es hat die Möglichkeit, im Rat im Prinzip jedes Thema auf die Tagesordnung zu setzen und damit öffentlichkeitswirksam zu machen. Wenn sich die NATO dann nicht (im Westen wie in Rußland) dem Vorwurf aussetzen möchte, Moskau aus der europäischen Sicherheitsarchitektur „auszugrenzen“, steht sie unter ständigem Legitimationsdruck ihrer Entscheidungen und ist damit de facto gezwungen, sich mit einem der Allianz nicht angehörenden Land zu arrangieren.

Während einerseits russische Stimmen am Willen der NATO zweifelten, die „Grundakte“ auch zu befolgen, drohten gleichzeitig hochrangige russische Vertreter wiederholt damit, für den Fall ihnen unwillkommener Entscheidungen der NATO selbst auszusteigen (was in dem Dokument nicht vorgesehen ist). So kündigte Jelzins Pressesprecher Sergej Jastrzhembskij „fatale“ Folgen für den Fall an, daß die NATO darangeht, die baltischen Staaten aufzunehmen: Die „Grundakte“ würde „vermutlich ... sofort außer Kraft gesetzt werden“, „die Zusammenarbeit Rußlands mit verschiedenen NATO-Institutionen ginge zu Bruch“¹³⁹. Somit ist davon auszugehen, daß Moskau im Bedarfsfall mit dem Zaunpfahl des Austritts aus der „Grundakte“ winken wird, um die NATO unter Druck zu setzen und damit letztlich zwar kein

¹³⁴ Zitiert nach APA132, 19.5.1997.

¹³⁵ Sergej Rogow: Rassirenje NATO i Rossija. In: Morskoj sbornik 7/1997, S.18.

¹³⁶ Vgl. a.a.O. (Anm. 132), S.78.

¹³⁷ Nikolaj Afanas'evskij: Rossija - NATO: Povорот k mnogopoljusunomu miru. In: Orientir 8/1997, S.17f.

¹³⁸ A.a.O. (Anm. 56), S.216f.

¹³⁹ Interview mit Jastrzhembskij, in: Der Spiegel 51/1997, S.151.

juristisches, aber doch „politisches“ (und damit nicht weniger wirksames) Vetorecht bei zentralen Entscheidungen der Allianz zu etablieren.

Eines der kontroversiellsten Themen im Verhältnis zwischen Rußland und der NATO ist die Infrastruktur (Militärbasen, Flugplätze, Lager, Kommunikation usw.) in neuen Mitgliedsländern. Moskau will erreichen, daß diese so bescheiden wie nur irgendwie möglich bleibt. Bereits Ende 1997 zeichneten sich dazu Auseinandersetzungen im NATO-Rußland-Rat ab. Einerseits hieß es, daß NATO-Generalsekretär Solana und die NATO-Verteidigungsminister gegenüber Sergejew eine Diskussion darüber abgelehnt hätten, da es sich um eine bündnisinterne Angelegenheit handle¹⁴⁰. Andererseits meldeten Moskauer Medien, daß es Rußland gelungen sei, in den Mitte Dezember 1997 verabschiedeten Arbeitsplan des NATO-Rußland-Rates für 1998 die „Erörterung von Fragen“ hineinzureklamieren, die mit den „Folgen des Vordringens von NATO-Infrastruktur“ nach Polen, Tschechien und Ungarn angeblich verbunden sind. Außerdem habe Primakow bei einer Pressekonferenz in Anwesenheit Solanas erklärt, daß im NATO-Rußland-Rat über die Infrastruktur gesprochen wird, und dies sei auch von der NATO nicht dementiert worden¹⁴¹. – Es ist jedenfalls eindeutig, daß Moskau auch künftig nachdrücklich den Ausbau der Infrastruktur in neuen NATO-Mitgliedsländern zu beeinflussen versuchen wird - auch wenn es niemals zuließe, daß andere Länder ihm „Vorschläge“ zum Aufbau seiner militärischen Infrastruktur machen und die „Grundakte“ für diesen Bereich lediglich „Informationsaustausch und Konsultationen“ vorsieht¹⁴².

Insgesamt ist festzuhalten, daß sich der russische Widerstand gegen die NATO-Osterweiterung auch nach der Unterzeichnung der „Grundakte“ nicht abgeschwächt hat. Sämtliche Versuche der NATO wie auch ihrer Beitrittswerber, Moskau den offiziellen Standpunkt zu vermitteln, daß eine Aufnahme neuer Mitglieder nicht gegen Rußland gerichtet ist, zeitigten keinerlei Erfolg. Zahlreiche russische Exponenten aus Militär, Politik, Wissenschaft, Medien und Diplomatie stellen eine Osterweiterung der Allianz nach wie vor als direkte Bedrohung für die Sicherheit Rußlands und den Frieden in der Welt dar.

Ohne die Pläne zur NATO-Erweiterung hätte es sehr wahrscheinlich nie eine „Grundakte“ und damit einen NATO-Rußland-Rat gegeben, der Rußland wie dargestellt erheblichen Einfluß verspricht; damit hat es von der Ausdehnung der Allianz bereits vor deren definitiven Vollzug profitiert. Die NATO ist russischen Forderungen entgegengekommen, ohne eine Zustimmung (oder wenigstens ein Stillhalten) Moskaus zu einer Osterweiterung zu erhalten oder auch nur zu verlangen. Damit ergibt sich die einer gewissen Ironie nicht entbehrende Situation, daß Rußland für seinen fortgesetzten Widerstand gegen die Aufnahme neuer Mitglieder in eine Organisation, der es selbst nicht angehört, mit einer lauten „Stimme“ in eben dieser Organisation belohnt wurde. Es ist auch durchaus kurios, daß Moskau nun in der NATO, dem stärksten Militärbündnis der Welt, mehr Einfluß geltend machen kann als in der formal zu Rußland gehörenden vergleichsweise winzigen nordkaukasischen Republik Tschetschenien mit ihren noch ca. 600.000 Einwohnern, die sich dem russischen Zugriff erfolgreich entzogen hat.

¹⁴⁰ Nach FAZ 4.12.1997, S.2. Vgl. auch entsprechende Aussagen des deutschen Außenministers Klaus Kinkel, in APA524, 17.12.1997.

¹⁴¹ Segodnja 18.12.1997, S.4 bzw. Nezavisimaja gazeta 24.12.1997, S.4.

¹⁴² Vgl. a.a.O. (Anm.132), S.80.

VIII. Mögliche Folgen einer Osterweiterung der NATO

VIII.1. Eine neue Aufrüstung Rußlands?

Rußlands Macht und Einfluß in der Welt gründen sich in erster Linie auf seine gewaltige flächenmäßige Ausdehnung, den Reichtum an Bodenschätzen und die Streitkräfte (und vor allem das strategische Atompotential). Im Bewußtsein dieses Umstandes hält die russische Führung trotz der anhaltenden schweren Wirtschaftskrise die Militärausgaben in einer für die (weit wohlhabenderen) westeuropäischen Staaten undenkbar hohen Höhe. So waren im russischen Bundesbudget 1997 19,7% der Ausgaben für den Posten „Nationale Verteidigung“ vorgesehen (Bildung - 3,5%, Sozialpolitik - 3,4%, Gesundheitswesen - 2,2%)¹⁴³, und in der Öffentlichkeit ist - zumal unter Hinweis auf eine „drohende“ NATO-Osterweiterung - die Forderung nach (noch) höheren Militärausgaben durchaus populär. Allerdings erhalten gleichzeitig ganze Berufsgruppen monatelang keinen Lohn, und die Infrastruktur des Landes (Verkehrs- und Fernmeldewesen, Energieversorgung usw.) ist teilweise in beklagenswertem Zustand.

Es gab immer wieder russische Stimmen, die für den Fall einer NATO-Erweiterung mit einer neuen bzw. verstärkten Aufrüstung gedroht haben. Tschernomyrdin meinte, daß „aus den Toren von Betrieben, die jetzt nicht arbeiten, wieder Panzer herauszufahren beginnen können“¹⁴⁴. Primakow erklärte: „Wenn auf dem Territorium der neu in die NATO eintretenden Staaten taktische Raketen mit Atomsprengköpfen auftauchen, werden sie die gleiche Flugzeit wie die ‚Pershings‘ haben, die seinerzeit als Mittelstreckenraketen vernichtet wurden. Und damit müssen wir rechnen. Und unsere Militärs ... werden zusätzliche Geldmittel fordern, und wir werden sie ihnen geben müssen“¹⁴⁵. Inzwischen hat die NATO zwar, wie oben dargestellt, zugesichert, weder Atomwaffen noch ständige Truppenkontingente in neuen Mitgliedsländern zu unterhalten, doch dürfte das vor dem Hintergrund der russischen Zweifel an der Vertragstreue der NATO und dem grundsätzlichen Mißtrauen ihr gegenüber nicht geeignet sein, Rußland zum Verzicht auf von ihm an sich für nötig gehaltene Rüstungsprogramme zu bewegen.

Atomminister Viktor Michajlow schlug in einem Aufsatz, den er mit zwei anderen Physikern aus dem Atomwaffenentwicklungszentrum Arzamas-16 verfaßte, vor, das atomare Arsenal Rußlands für eine militärische Auseinandersetzung in Europa aufzurüsten. Bei „ungünstiger Entwicklung“ sollten die Raketensysteme „Pionier“ und „Oka“, die unter den Vertrag über die Abrüstung der Mittelstreckenraketen (INF) von 1987 fielen, wieder aufgebaut werden. Außerdem sollte eine neue Generation atomarer Gefechtsfeldwaffen (Kurzstreckenraketen, Artillerie, Flugabwehr) im Umfang von 10.000 Sprengköpfen entwickelt werden¹⁴⁶. Ende Jänner 1997 sprach sich „AntiNATO“ im Falle einer NATO-Erweiterung für die Aufrüstung der russischen Streitkräfte mit der taktischen Boden-Boden-Rakete „Oka“ aus, die die Armeen der NATO-Länder innerhalb der nächsten zehn Jahre nicht abwehren könnten¹⁴⁷.

Dazu kamen wiederholte Anspielungen auf eine Verstärkung der russischen Militärpräsenz im Kaliningrader Gebiet und in Belarus¹⁴⁸ und Überlegungen zu großmaßstäblichen Stationie-

¹⁴³ Berechnet aus dem Budget (in: Rossijskaja gazeta 4.3.1997, S.3ff). Der Umstand, daß das Verteidigungsministerium 1997 angeblich nur 55% der veranschlagten Summe erhielt (nach Nezavisimoe voennoe obozrenie 4/1998, S.8), ist kein Gegenargument: Auch die anderen Budgetposten werden kaum jemals voll ausbezahlt.

¹⁴⁴ Zitiert nach Segodnja 5.2.1997, S.2.

¹⁴⁵ Interview, in: Izvestija 6.3.1996, S.3.

¹⁴⁶ Viktor Michajlow/Igor' Andrujsin/Aleksandr Cernysev: Rassirenje NATO i bezopasnost' Rossii. In: Vek 37/1996, S.5ff.

¹⁴⁷ Nach APA690, 29.1.1997.

¹⁴⁸ Nach Novoe vremja 29/1996, S.18f; Nezavisimaja gazeta 7.10.1995, S.1.

rungen von taktischen Kernwaffen nicht nur dort, sondern auch im Norden (an der Grenze zu Norwegen und in der Barentssee) sowie im Süden (im Schwarzmeergebiet auf der [ukrainischen] Krim, in Georgien und Armenien)¹⁴⁹.

Rüstungsprojekte in Rußland werden zwar natürlich immer wieder unter Hinweis auf die NATO gerechtfertigt, doch dürfte es in vielen Fällen schwierig sein, einen stringenten Zusammenhang zwischen den Plänen zu ihrer Erweiterung und der Initiierung bzw. Fortführung von derartigen Projekten zu belegen. Großunternehmen haben zwangsläufig eine Vorlaufzeit von mehreren Jahren und wurden auch durch die Wirtschaftskrise teilweise erheblich gebremst, sodaß noch aus der Sowjetzeit stammende kostspielige Vorhaben (so z.B. die ICBM „Topol-M“ [westlicher Code SS-X-27] oder der atombetriebene Raketenkreuzer „Pjotr Velikij“) erst jetzt zu Ende geführt werden. Sie werden immer wieder damit begründet, daß Rußland hochqualifiziertes Personal halten müsse und bei der Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technik (vor allem gegenüber dem Westen) nicht ins Hintertreffen geraten dürfe. Die faktische Rüstungsplanung wird zweifellos weit mehr vom Selbstverständnis Rußlands als zumindest militärischer Supermacht denn von einer NATO-Erweiterung als solcher determiniert. Dies zeigt auch der Umstand, daß die in der späten Sowjetzeit in Wirtschaftswissenschaft und Politik durchaus angeregt geführte Diskussion um die Konversion (Umstellung auf zivile Produktion) der Rüstungsindustrie bereits zu einem Zeitpunkt einer auf Ausweitung der Rüstungsexporte Rußlands gerichteten Politik zur Einnahme von konvertierbarer Währung Platz gemacht hat, als die NATO-Osterweiterung noch nicht absehbar war.

Die derzeit laufende Militärreform sieht eine Verkleinerung der Streitkräfte (von 1,5 Mio. Anfang 1998 auf 1,2 Mio. Ende des Jahres) vor¹⁵⁰, wengleich diese, wie Politiker und Militärs immer wieder betonen, die „Kampfbereitschaft“ nicht schwächen dürfe. Die Osterweiterung der NATO ist jedenfalls nicht dazu angetan, einen neuen Rüstungswettlauf auszulösen: Im Westen gibt es dafür keinerlei politische Bereitschaft, und Rußland könnte ihn wirtschaftlich nicht mehr verkraften.

VIII.2. Erschwert eine NATO-Osterweiterung Rüstungskontrolle und Abrüstung?

Russische Vertreter drohten angesichts einer NATO-Osterweiterung wiederholt mit einem Bruch des INF-Vertrages, Einstellung der Vernichtung der ICBM SS-18 („Satan“), einem Austritt aus dem CFE-Vertrag sowie der Verweigerung der Ratifizierung des START II-Vertrages und der Chemiewaffenkonvention (beide von 1993).

Der CFE-Vertrag wird, wie oben erwähnt, ohnedies in Verhandlungen „modernisiert“. Die C-Waffen-Konvention wurde vom russischen Parlament im Herbst 1997 - unter dem Vorbehalt des Austritts für den Fall nicht näher spezifizierter „außerordentlicher Ereignisse“, die „oberste Interessen Rußlands berühren“ - ratifiziert¹⁵¹. Die Ratifizierung von START II und eine NATO-Osterweiterung haben im Prinzip nichts miteinander zu tun, und es gibt keinen Grund, sich von Moskau eine solche Verknüpfung aufdrängen zu lassen. Zudem ist START II längst ein Objekt der politischen Konfrontation zwischen Präsident und Regierung (die die Ratifizierung offiziell unterstützen) und der Mehrheit aus Kommunisten und Nationalisten in der Staatsduma, die Verträgen, die der ungeliebte Jelzin mit dem Westen unterzeichnet, grundsätzlich skeptisch gegenübersteht. Daher wären die Ratifizierungschancen von START II ohne NATO-Osterweiterung nicht signifikant höher.

¹⁴⁹ Nach Komsomol'skaja pravda 29.9.1995, S.2.

¹⁵⁰ Interview mit Verteidigungsminister Sergejew, in: Der Spiegel 5/1998, S.118.

¹⁵¹ Vgl. das entsprechende Gesetz in: Rossijskaja gazeta 11.11.1997, S.4.

Abrüstung und Rüstungskontrolle sind für Moskau kein Selbstzweck. Es läßt sich nur darauf ein, wenn es überzeugt ist, mehr sicherheits- und militärpolitischen Nutzen zu haben als die anderen betroffenen Länder. Rußland ist im Bedarfsfall auch in der Lage, abgeschlossene Verträge zu brechen. Das zeigte u.a. die Militärintervention in Tschetschenien: Entsprechend den Wiener KSZE-Dokumenten von 1992 ist jede Truppenbewegung von über 9.000 Mann zu notifizieren, zu einer von über 13.000 Mann müssen Beobachter eingeladen werden¹⁵². Dazu kam es aber nicht, obwohl die Moskauer Ministerien für Verteidigung und Inneres Ende 1994 ca. 40.000 Soldaten gegen Tschetschenien in Marsch gesetzt hatten. Verteidigungsminister Gratschow erklärte generell, daß Moskau generell - d.h. unabhängig von der NATO - nicht daran denkt, Abrüstungsabkommen „zum Schaden der Sicherheit Rußlands“ zu erfüllen¹⁵³.

Rußland behauptet immer wieder, daß es wegen seiner Wirtschaftskrise nicht in der Lage sei, die mit der Abrüstung verbundenen finanziellen Lasten alleine zu tragen, sodaß der Westen großzügig helfen müsse¹⁵⁴. Es muß sich allerdings fragen lassen, warum dann immer noch große Mittel für neue Rüstungsprogramme zur Verfügung stehen. Insgesamt werden Rüstungskontrolle und Abrüstung weniger von einer NATO-Erweiterung als vom unzureichenden Einsatz der russischen Führung für Ratifizierung, Umsetzung und Einhaltung von abgeschlossenen Abkommen behindert.

VIII.3. Forcierung der „Integration“ in der GUS durch Rußland?

Erklärtes Ziel Rußlands ist die Schaffung eines von ihm dominierten „gemeinsamen Verteidigungsraumes“ der GUS. Moskau sieht eine NATO-Osterweiterung auch als Herausforderung für seine Vorhaben auf dem Gebiet der früheren UdSSR an. Besonders nachdrücklich warnt es immer wieder vor NATO-Mitgliedschaften früherer Sowjetrepubliken, auch wenn diese in der Allianz selbst nicht zur Diskussion stehen. In einem im Juli 1997 vorgestellten Bericht des einflußreichen „Rates für Außen- und Verteidigungspolitik“ (eines Think-tanks aus prominenten Politikern, Wissenschaftlern, Geschäftsleuten usw.) hieß es, daß Rußland seine Streitkräfte nicht gegen frühere Sowjetrepubliken einzusetzen gedenkt - es sei denn, sie würden „Mitglieder eines Bündnisses, das objektiv gegen Rußland aktiv ist“¹⁵⁵. Dies ist eine kaum verhüllte Kriegsdrohung für den Fall eines NATO-Beitritts.

Moskaus Anstrengungen, bei den früheren Sowjetrepubliken Bedrohungsgefühle zu erzeugen, sie gegen die NATO-Erweiterung zu mobilisieren und somit in dieser Angelegenheit hinter sich zu bringen, waren nur Teilerfolge beschieden. Lediglich der belorussische Präsident Alexander Lukaschenko unterstützt die russische Position vorbehaltlos. Demgegenüber haben vor allem die Ukraine, Georgien, Aserbaidshan und Usbekistan immer wieder klargemacht, daß sie die Moskauer Bedenken nicht teilen und in der Allianz nicht nur keine Gefahr sehen, sondern mit ihr effektiv zusammenarbeiten wollen.

Auch die besonders intensive „Integration“ von Rußland und Belarus hat mit der NATO nichts zu tun. Zwar wurde vereinzelt eine „Wiedervereinigung“ der beiden Länder, d.h. eine „Westerweiterung Rußlands“ als Antwort auf eine Osterweiterung der NATO, ins Spiel gebracht¹⁵⁶, doch stellte Primakow klar: „Die Integrationsprozesse unserer Staaten sind durch tiefere Gründe diktiert und werden sich unabhängig davon entwickeln, wie der Prozeß der

¹⁵² Vgl. Europäische Sicherheit 6/1995, S.37.

¹⁵³ Zitiert nach Krasnaja zvezda 27.9.1995, S.1.

¹⁵⁴ Vgl. ÖMZ 2/1998, S.199ff.

¹⁵⁵ Zitiert nach Nezavisimaja gazeta 11.7.1997, S.4.

¹⁵⁶ So Anfang 1997 vom stellvertretenden Leiter von Jelzins Präsidialadministration, Sergej Schachraj (nach NZZ 7.1.1997, S.3).

Erweiterung der Nordatlantischen Allianz vorangeht¹⁵⁷. In beiden Ländern werden permanent „slawische Brüderlichkeit“, „historische Einheit“, „feste Zusammengehörigkeit“ usw. von Russen und Weißrussen beschworen, doch verfolgen beide Seiten jeweils ganz konkrete Ziele: Rußland rechnet sich durch die Anbindung von Belarus geopolitische Vorteile aus, und Lukaschenko hofft, nach einer allfälligen russisch-belorussischen „Wiedervereinigung“ Präsidentschaftswahlen in diesem neuen Gesamtstaat zu gewinnen. Militärisch würde sich eine derartige Entwicklung unmittelbar kaum auswirken, da die belorussischen Streitkräfte bereits jetzt eng mit den russischen verflochten sind.

Rußland würde zweifellos auch ohne Ausdehnung der NATO einen Militärpakt der GUS anstreben, da dies ein wichtiges Element seiner Dominanz im sog. „postsowjetischen Raum“ wäre. Das Moskauer Drängen auf möglichst enge „Integration“ in der GUS läßt insgesamt keine Korrelation mit dem Verhalten der NATO erkennen. Daher ist wegen ihrer Erweiterung auch nicht von (noch) stärkerem Druck Rußlands auf die anderen GUS-Staaten auszugehen.

VIII.4. Rußland - auf dem Weg in die „Arme Chinas“?

Rußland hat dem Westen für den Fall einer NATO-Osterweiterung immer wieder mit einer außenpolitischen Neuorientierung nach „Osten“ (China) und „Süden“ (arabische Länder, Iran, Indien) gedroht. Die russischen Anstrengungen, China gegen eine NATO-Osterweiterung zu mobilisieren, waren insofern erfolgreich, als es sich tatsächlich mehrmals dagegen ausgesprochen hat. Dafür unterstützt Moskau Pekings Standpunkt, daß Taiwan und Tibet „Teile Chinas“ sind. Beide Staaten kritisieren sich offiziell nicht, weisen eine ähnliche außenpolitische Stoßrichtung auf und kooperieren auf vielen Gebieten, wobei ziviler Atomtechnik und dem Rüstungsbereich besondere Bedeutung zukommt: China modernisiert seine Armee (auch) durch umfangreiche Waffenkäufe in Rußland¹⁵⁸.

All das bedeutet allerdings aus mehreren Gründen nicht, daß Rußland - wie im Westen immer wieder argumentiert - durch eine NATO-Erweiterung „in die Arme Chinas getrieben“ wird. Es ist im Gegenteil sehr unwahrscheinlich, daß sich China wirklich auf ein „antiwestliches“ Bündnis mit Rußland einläßt. Erstens ist Peking an guten Beziehungen zu den USA und zum Westen durchaus interessiert, und zweitens hat es als aufstrebende Wirtschafts- und Militärmacht keinen rationalen Grund, seine Außen- und Sicherheitspolitik mit dem krisengeschüttelten Rußland, das zudem nur ca. ein Achtel der Einwohner Chinas hat, „abzustimmen“ oder sich gar von diesem vereinnahmen zu lassen. Dagegen spricht auch die historische Erfahrung: China hat sich Anfang der 60er Jahre von der Sowjetunion losgesagt, als es sehr viel schwächer war als diese. Umso weniger ist anzunehmen, daß es sich jetzt für die Ziele Moskaus einspannen lassen wird. Zudem sind für die Zukunft durchaus Spannungen zwischen den beiden Staaten denkbar. In Rußland gibt es bereits seit geraumer Zeit Befürchtungen, daß das übevölkerte China einmal begehrliche Blicke auf die riesigen und dünn besiedelten Weiten Sibiriens werfen könnte. Bereits jetzt wohnen zahlreiche Chinesen illegal im russischen Fernen Osten.

Rußland warnt zwar ständig vor angeblich drohendem bzw. bereits akutem islamischem Fundamentalismus in Tschetschenien und in Tadschikistan, unterhält aber gleichzeitig enge Beziehungen zum Iran. Es verkauft ihm Atomtechnologie und - trotz mehrerer Versprechen, davon künftig abzusehen - große Mengen an Rüstungsgütern. Der russische Militärkommentator Pawel Felgenhauer (dessen gute Kontakte zum Generalstab bekannt sind) bezeichnete das „antiwestliche und antiamerikanische iranische Regime“ gerade vor dem Hintergrund

¹⁵⁷ Zitiert nach APA682, 24.1.1997.

¹⁵⁸ Vgl. dazu Gudrun Wacker: China und Rußland: Auf dem Weg zur „strategischen Partnerschaft“? Berichte des BIOst 41/1996, S.17ff.

einer NATO-Osterweiterung als „sehr wichtigen Partner. Ausgerüstet mit russischen Waffen, darunter modernen Seeminen, Torpedos und Anti-Schiff-Raketen, kann der Iran im Bedarfsfall die Durchfahrt von Tankern durch die Straße von Hormuz ... blockieren und dadurch einen Schlag gegen den Westen an seiner sensibelsten Stelle führen. Wenn in einer solchen Krise russische Jäger und Luftabwehrkomplexe den Iran vor Gegenschlägen der amerikanischen Marineluftwaffe und Cruise missiles schützen ... , wird es sehr schwer sein, die Straße zu 'öffnen'¹⁵⁹. Das Moskauer „Institut für Verteidigungsforschungen“ (INO BIS) regte an, russische Truppen sowie taktische Kernwaffen am Ausgang des Persischen Golfes zu stationieren und Atomwaffentechnologie an den Iran zu verkaufen¹⁶⁰. Der Botschafter Rußlands im Iran, Sergej Tretjakow, wollte 1995 ein Militärbündnis zwischen den beiden Ländern „nicht abschließen“. Der Iran mißt seinerseits der Kooperation mit Moskau große Bedeutung bei. Auch die russische Militärintervention im islamisch geprägten Tschetschenien konnte die Beziehungen zwischen Moskau und Teheran, das sonst recht rasch mit Aufrufen zum „Heiligen Krieg“ gegen angebliche „Feinde des Islam“ zur Hand ist, nicht trüben.

Die häufig anzutreffende Vorstellung, daß eine NATO-Osterweiterung Rußland zwangsläufig vom Westen „wegtreibt“, ist noch aus anderen Gründen unzutreffend. Sie liefe nämlich darauf hinaus, daß Rußland vom Westen quasi in eine bestimmte Richtung „dirigiert“ werden könnte: Eine NATO-Ausdehnung bewirke dessen Annäherung an China, den Iran usw., während es ein Verzicht auf diese „prowestlich“ werden ließe. Dies verkennt jedoch entschieden die realen Entscheidungsmechanismen russischer Außen- und Sicherheitspolitik.

Die bereits seit 1993 zu beobachtende (Wieder-)Annäherung Moskaus an Serbien, China, den Irak und den Iran geht nicht ursächlich auf die NATO bzw. die Pläne zu ihrer Osterweiterung zurück, sondern ist vor allem ein Ausdruck der vom „patriotischen Konsens“ verlangten Distanzierung vom Westen und der Bewunderung nicht nur kommunistischer und nationalistischer russischer Politiker für den nicht- bzw. antiwestlichen Entwicklungsweg der genannten Länder. Ein Verzicht auf eine NATO-Osterweiterung würde auch deswegen nicht zu einer „Versöhnung“ Rußlands mit dem Westen führen, weil es dann den Beweis erbracht sähe, daß eine angebliche oder tatsächliche Ostorientierung seiner Außenpolitik geeignet ist, seine Interessen im Westen durchzusetzen. Es wäre daher nur eine Frage der Zeit, bis Moskau dem Westen bzw. der NATO weitere Forderungen stellte - wieder mit dem Hinweis, daß es im Falle der Nichterfüllung an China usw. heranrücken werde.

VIII.5. Russische Wirtschaftssanktionen?

Verschiedene russische Vertreter sprachen sich für Wirtschaftssanktionen gegen ostmitteleuropäische NATO-Beitrittswerber aus. Der stellvertretende Außenminister Sergej Krylow sagte einer Delegation des ungarischen Außenministeriums 1995: „Wenn Sie in die NATO eintreten, erhöhen wir die Ölpreise um das Zehnfache“¹⁶¹. Atomminister Michajlow forderte eine Einstellung bzw. Begrenzung von russischen Rohstoffexporten in neue NATO-Mitgliedsländer¹⁶². Der russische Botschafter in Prag, Nikolaj Rjabow, drohte Tschechien im März 1997 mit „Revisionen“ von Verträgen über die Lieferung von Energieträgern. Nach heftigen Protesten Tschechiens distanzierte sich das offizielle Moskau von Rjabow. Denkbar wäre auch die Verweigerung von russischen Ersatzteillieferungen an neue NATO-Staaten, deren Armeen immer noch vorwiegend mit Waffen sowjetischer bzw. russischer Provenienz ausgerüstet sind. Das haben sowohl Verteidigungsminister Gratschow (gegenüber seinem

¹⁵⁹ Segodnja 26.5.1995, S.9.

¹⁶⁰ INOBIS-Bericht in: Segodnja 20.10.1995, S.3; Deutsch in: Osteuropa 6/1996, A 277ff.

¹⁶¹ Zitiert nach Izvestija 16.12.1995, S.3.

¹⁶² A.a.O. (Anm. 146), S.5ff.

polnischen Amtskollegen Stanislaw Dobrzanski Anfang April 1996 in Moskau) als auch Lebed angedeutet.

Lebed wollte gegen westliche Länder wirtschaftlich vorgehen: „Niemand sollte sich hier täuschen. Deutsche und amerikanische Industrieinteressen in Rußland würden durch die Erweiterungspläne (der NATO, M.M.) unmittelbar leiden. Wir werden Wege finden, die Befürworter dieser Politik dort zu treffen, wo es weh tut“¹⁶³. Der damalige 1. Vizepremier Alexej Bolshakow und Primakow schlossen solche Sanktionen dagegen aus. Es besteht denn auch kein Zweifel, daß sie Rußland selbst massiv schaden würden. Einen nicht minder zweischneidigen Eindruck hinterließ eine Anfang Februar 1997 ausgesprochene Drohung Tschubajfs, daß eine NATO-Erweiterung die Zusammenarbeit mit dem IWF und dem „Pariser Club“ „berühren“ könnte: Wenn Rußland seine Gläubiger nicht mehr bedient, wird es kaum auf neue Kredite rechnen können. Mit der Einstellung von Ersatzteillieferungen an neue NATO-Mitglieder in Ostmitteleuropa würde sich die devisenhungrige russische Rüstungsindustrie um gute Geschäfte bringen und westlichen Firmen in die Hände spielen. Rußland versucht denn auch, mit den Ostmitteleuropäern im Waffengeschäft zu bleiben, indem es ihnen immer wieder neues Gerät anbietet. Ungarn und die Slowakei haben die Lieferung von Rüstungsgütern zur Tilgung von noch aus sowjetischer Zeit stammender Moskauer Schulden akzeptiert.

Insgesamt gibt es keinen Zweifel, daß Rußland unter Maßnahmen auf wirtschaftlicher Ebene ebenso - oder sogar mehr - leiden würde als eine größere NATO und westliche Länder bzw. von ihnen dominierte internationale Finanzorganisationen, gegen die sie eigentlich gerichtet wären. Ebenso klar ist allerdings, daß Moskau davon ausgeht, daß es gar nicht so weit kommt: Die Drohungen sollen vor allem rhetorisch Entschlossenheit demonstrieren und die westlichen Gegner einer NATO-Erweiterung stärken. Die tatsächliche Bereitschaft, Wirtschaftssanktionen zu verhängen, dürfte gering (wenn überhaupt vorhanden) sein.

VIII.6. Kriegsgefahr? Russische Szenarien

Simon urteilte, daß der „patriotische Konsens“ nach innen stabilisierend gewirkt, doch nach außen „im Gegenteil Unruhe gestiftet und potentiell aggressive Züge entwickelt“ habe¹⁶⁴. Höchste Repräsentanten Rußlands warnen denn auch immer wieder vor einer angeblich erhöhten Kriegsgefahr für den Fall einer NATO-Ausdehnung und versuchen auch mit teilweise in martialischem Ton gehaltenen Stellungnahmen, den westlichen Staaten wie auch den Beitrittskandidaten zu zeigen, daß eine erweiterte NATO ihre Sicherheit nicht nur nicht verbessern, sondern im Gegenteil sogar beeinträchtigen würde.

Im August 1996 meinte Jelzin in einer Botschaft an Lukaschenko, daß sich mit der NATO eine „atomare Gefahr ... an die Grenzen unserer Länder“ annähere¹⁶⁵. Primakow traut der NATO offensive Absichten zu: „Unser Volk ist schwer davon zu überzeugen, daß sich die NATO den Grenzen Rußlands mit friedlichen Absichten nähert“¹⁶⁶. Dem damaligen US-Botschafter in Moskau, Thomas Pickering, sagte der Außenminister, daß er eine Verwandlung der NATO in einen „Angriffspakt“ befürchte¹⁶⁷. Verteidigungsminister Rodionow fügte hinzu, daß Rußland bislang nicht davon überzeugt worden sei, „daß die NATO es wirklich nicht bedroht“¹⁶⁸. Zudem erklärte er „Aktivitäten“ der NATO zu einer „ernstlichen Herausforde-

¹⁶³ Zitiert nach NZZ 25.9.1996, S.2.

¹⁶⁴ Gastkommentar, in: NZZ 18./19.10.1997, S.7.

¹⁶⁵ Zitiert nach Nezavisimaja gazeta 19.9.1996, S.3.

¹⁶⁶ Zitiert nach APA541, 2.9.1996.

¹⁶⁷ Nach Die Presse 10.1.1997, S.3.

¹⁶⁸ Zitiert nach Nezavisimaja gazeta 28.9.1996, S.2.

rung der Gegenwart und potentiellen Quelle militärischer Gefahr für Rußland, die in eine unmittelbare militärische Bedrohung umschlagen kann¹⁶⁹. Generalleutnant Leonid Iwaschow, Sekretär des Rates der GUS-Verteidigungsminister, nannte die NATO eine „reale äußere militärische Bedrohung für die Länder der GUS“¹⁷⁰. Generaloberst Leontij Schewzow, damals russischer Vertreter bei der NATO, sah in ihr einen „potentiellen Gegner“¹⁷¹. Manche russische Vertreter fühlen sich „von NATO-Panzern eingekreist“¹⁷². Prof. Oleg Bogomolow, Direktor des Moskauer Instituts für Ökonomie und Politische Studien, nannte eine erweiterte NATO „Machtfaktor, der Rußland bedrohen könnte“. Es müsse daher „Vorsichtsmaßnahmen ergreifen“¹⁷³. Russische Politiker und Militärs drohen für den Fall der NATO-Osterweiterung denn auch gerne mit „adäquaten Maßnahmen“. Rodionow meinte, daß es eine „strittige Frage“ sei, wieweit diese die Sicherheit Ost- und Westeuropas erhöhten¹⁷⁴. Lebed schrieb in einem Gastbeitrag für eine russische Zeitung, der auch in Österreich nachgedruckt wurde, daß die westlichen Staaten den ostmitteleuropäischen NATO-Beitrittskandidaten „die nicht unbedingt angenehme Sache“ erklären müßten, „daß sie zur Zielscheibe von Massenvernichtungswaffen werden können. Wird dies den Polen und Slowaken, den Rumänen, Tschechen und Ungarn gefallen? Ich glaube nicht“¹⁷⁵.

Für Jastrzhemskij ist die „Anflugzeit von Raketen“ ein „klares Kriterium“ für Moskau¹⁷⁶. Anatolij Sobtschak, seinerzeit Bürgermeister von St. Petersburg, offenbarte folgende Vorstellung von der NATO: „Die Entscheidung über den NATO-Beitritt treffen die Politiker, aber die Realisierung des Beitritts obliegt den Generälen. Und Generäle haben eine ganz eigene Psychologie ... Die Politiker sagen vielleicht, es wird schon nichts passieren - aber wer garantiert, daß sie die Generäle in Schach halten können?“¹⁷⁷. Aus der Sicht von General Samsnow bezeugt eine Osterweiterung der NATO „am deutlichsten die unveränderte Einstellung einer Reihe führender westlicher Staaten zum Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen, gewaltsamen Mitteln“¹⁷⁸.

Dazu kamen zahlreiche Szenarien kriegerischer Auseinandersetzungen. Anfang September 1995 stellte Jelzin auf einer Pressekonferenz einen Zusammenhang zwischen der damaligen Bosnienkrise und einer möglichen NATO-Erweiterung her: Die Angriffe von Flugzeugen der Allianz auf Stellungen der bosnischen Serben seien nur „ein erstes Anzeichen dafür, wozu es im Fall der Ausweitung dieser Organisation kommen kann“ - nämlich zu einem „Krieg in ganz Europa“¹⁷⁹. Anfang Mai 1997 verglich Jelzin die Kontroverse um die NATO-Ausdehnung mit der Kuba-Krise (1962), die die Welt an den Rand eines Atomkrieges geführt hatte. Zwischen Moskau und den USA habe es seit damals „keine akutere Frage“ gegeben¹⁸⁰. Dem im Westen als angeblichen „liberalen Reformier“ geschätzten Tschubajts zufolge ist

¹⁶⁹ Zitiert nach Nezavisimaja gazeta 26.12.1996, S.1.

¹⁷⁰ Gastbeitrag, in: Segodnja 30.9.1995, S.6.

¹⁷¹ Interview, in: Krasnaja zvezda 14.11.1995, S.3.

¹⁷² Prof. Jewgenij Bashanow, stellvertretender Direktor der Diplomatischen Akademie des Moskauer Außenministeriums, auf der Tagung „100 Jahre russische Außenpolitik“, Diplomatische Akademie (Wien), 29.11.1997.

¹⁷³ Oleg T. Bogomolow: Die Wegkreuzung. In: Wiener Journal - Speziell: Friedenssicherung (1997), S.30f.

¹⁷⁴ Interview, in: Moskovskie novosti 32/1996, S.7.

¹⁷⁵ Nach Der Standard 17./18.8.1996, S.33.

¹⁷⁶ Interview mit Jastrzhemskij, in: Der Spiegel 51/1997, S.151.

¹⁷⁷ Interview, in: Die Presse 26.4.1996, S.3.

¹⁷⁸ Zitiert nach Osteuropa 2/1998, A 78.

¹⁷⁹ Zitiert nach Segodnja 9.9.1995, S.1.

¹⁸⁰ Nach Die Presse 10.5.1997, S.4.

Moskau jedenfalls angesichts einer NATO-Erweiterung „für jedes Szenario bereit, Krieg eingeschlossen“¹⁸¹.

Der 1. stellvertretende Generalstabschef Generaloberst Nikolaj Pischtschew meinte, daß - wenn es nicht gelinge, eine NATO-Ausdehnung zu verhindern - eine „nach den Absichten der NATO-Strategen modernisierte Infrastruktur der osteuropäischen Länder“ diese „zu einem möglichen Vorposten für die Führung großmaßstäblicher Operationen des Blocks gegen Rußland“ machen könnte. „Dabei erhält die Luftwaffe der NATO die potentielle Möglichkeit, massierte Schläge auf russische Objekte ... nicht nur von den Flanken im Norden und Süden aus Norwegen und der Türkei zu führen, sondern auch aus Zentraleuropa. Diese Umstände verlieren ihre militärstrategische Bedeutung auch nicht, wenn in den Ländern Osteuropas keine Truppenkontingente anderer Staaten und keine Kernwaffen stationiert werden“¹⁸². Mit einem NATO-Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns würde sich die „Zone der Verantwortlichkeit“ des Bündnisses um 650-700 Kilometer nach Osten verschieben. Damit könnten NATO-Flugzeuge „gegen Objekte bis zur Linie Smolensk - Brjansk - Kursk Raketen- und Bombenangriffe führen“¹⁸³. Es sei aber auch denkbar, daß der Westen Rußland zu „Zugeständen“ in den Bereichen „Rohstoffe, Territorien und Politik“ „zwingen“ wolle. „Bei einer solchen Entwicklung der Ereignisse können wir hypothetisch in die seltsame Situation kommen, daß wir gezwungen sind, unsere Kapitulation anzuerkennen, ohne Kampfhandlungen begonnen zu haben und in einen Krieg eingetreten zu sein“¹⁸⁴.

Solche Vorstellungen werden oft mit Rückgriffen auf die Geschichte verbunden. Pischtschew wollte berücksichtigt wissen, „daß im Verlauf vieler Jahrhunderte gerade aus dem Westen mit Feuer und Schwert Eroberer in unser Land gekommen sind, die nicht nur versuchten, große Territorien und reiche Städte zu besetzen, sondern auch die dort lebende Bevölkerung zu vernichten. Einem solchen Genozid waren wohl die Bürger nicht eines einzigen anderen Landes ausgesetzt“¹⁸⁵. Immer wieder wird an den „Großen Vaterländischen Krieg“ erinnert. Besonders im zeitlichen Umfeld des Beginns des deutschen Einmarsches in die UdSSR 1941 (22. Juni) vergleichen russische Stimmen die NATO gerne mit Hitlerdeutschland und verlangen u.a., „das Pulver trocken zu halten“¹⁸⁶. Schirinowskij gab mit der für ihn charakteristischen Offenheit bekannt, daß er als Präsident Rußlands „nicht den gleichen Fehler“ wie Stalin begehen und warten werde, bis der Feind zuschlage: Er werde „schon am 21. Juni“ damit beginnen, NATO-Divisionen aus Polen, Tschechien, Ungarn und Rumänien „auch unter Einsatz von Atomwaffen“ zu verjagen¹⁸⁷. Felgenhauer zufolge würde eine Ausdehnung der NATO die „potentiellen Gegner“ einander geographisch so nahebringen, daß ein „Überraschungsangriff“ wie jener Deutschlands auf die UdSSR möglich würde. Die NATO-Erweiterung sei „für die Mehrheit der russischen Gesellschaft eine infernalische Bedrohung“, „die erneut zu einem Leben in ständiger Erwartung eines ‘großen Krieges’ verdammt - eines neuen 22.6.1941, wobei der Heldentod mit der Waffe in der Hand zum einzigen würdigen Ausweg aus einer hoffnungslosen Lage wird“¹⁸⁸(!). Nach Felgenhauers Überzeugung wird mit einem NATO-Beitritt Polens „praktisch die Arbeit zur Vorbereitung eines Krieges mit Rußland auf

¹⁸¹ Zitiert nach Segodnja 4.2.1997, S.1.

¹⁸² Gastkommentar, in: Nezavisimaja gazeta 4.4.1997, S.2.

¹⁸³ Gastbeitrag, in: Krasnaja zvezda 4.1.1997, S.2.

¹⁸⁴ Gastkommentar, in: Nezavisimaja gazeta 4.4.1997, S.2.

¹⁸⁵ Gastbeitrag, in: Krasnaja zvezda 4.1.1997, S.1.

¹⁸⁶ Gastkommentar von Marschall der UdSSR a.D. Viktor Kulikow (jetzt Berater des russischen Verteidigungsministeriums), in: Orientir 6/1997.

¹⁸⁷ Zitiert nach Der Spiegel 8/1996, S.224.

¹⁸⁸ Segodnja 23.6.1995, S.9.

polnischem Territorium“ beginnen; die dortige „militärische Infrastruktur“ würde zu einem „beispiellosen Druck“ auf Rußland benutzt¹⁸⁹.

In russischen Publikationen finden sich auch Szenarien, die die Führung von Präventivschlägen gegen die NATO vorsehen. Felgenhauer schrieb, daß um das Jahr 2000 „luftmobile Angriffs- und Fliegerverbände der NATO-Länder (einschließlich der USA) binnen Stunden über Tausende Kilometer verlegt werden können, wobei sie die Fähigkeit behalten, aus dem Marsch heraus entscheidende und starke Schläge zu führen. In der schlechtesten Variante wird es im Prinzip nicht möglich sein, Pskow, Kaliningrad und St.Petersburg zu schützen. ... Als Antwort kann Moskau finden, daß ihm keine andere Wahl bleibt, als einen präsumtiven Schlag gegen die aufmarschierenden Stoßgruppierungen des Gegners zu führen“¹⁹⁰. Moskau könnte aber auch, so Felgenhauer, auf die Stationierung „fremder Truppen“ an den russischen Grenzen so reagieren wie die USA 1961 auf die Aufstellung sowjetischer Raketen auf Kuba, nämlich mit einem Ultimatum, die Truppen unverzüglich abzuziehen; geschehe dies nicht, werde ein „Präventivschlag“ folgen¹⁹¹.

Atomminister Michajlow drohte nach Mitteilung der „Washington Post“, daß Rußland Basen von Atomwaffen in Tschechien nach dessen NATO-Beitritt zerstören werde. Die Presseabteilung des Atomministeriums bestritt diese Darstellung; es müsse nicht zwangsläufig Angriffe geben. Man könne jedoch seine eigenen Atomwaffen auf die Stationierungsorte von NATO-Atomwaffen in den ostmitteleuropäischen Staaten richten¹⁹². Ein ungenannter, aber hochgestellter Vertreter der Hauptoperativverwaltung des Generalstabes meinte, daß ein NATO-Beitritt Polens und Tschechiens, die sich schon bereit erklärt hätten, Kernwaffen aufzunehmen (was falsch ist, M.M.), „äußerst negative Folgen für ihre Sicherheit“ haben würde. Es würde „harte Antwortmaßnahmen“ Rußlands geben, darunter eine Änderung der Militärdoktrin und atomaren Abschreckung. Es werde ein Paket entsprechender Vorschläge für Jelzin ausgearbeitet. Dazu gehöre, daß Ziele in Tschechien und Polen in die russischen Atomraketen einprogrammiert werden, um sie im Fall eines Konflikts mit der NATO beschießen zu können¹⁹³.

Prof. Leonid Fituni vom Zentrum für strategische und globale Studien der Akademie der Wissenschaften äußerte auf einer Tagung in Bayern, daß jegliche Verlegung von NATO-Einheiten auf polnisches Territorium vom russischen Militär als „direkte Bedrohung“ angesehen würde. Die Kaliningrader Exklave könnte „Hunderte“ taktische Atomwaffen aufnehmen, „die dazu eingesetzt werden könnten, NATO-Streitkräfte in Polen zu zerstören. Es könnte viel eher einen Atomkrieg geben, als viele Leute erwarten“¹⁹⁴. Auch eine bevorstehende NATO-Aufnahme der baltischen Länder wurde als möglicher Grund für eine Besetzung genannt, und jeder Versuch der NATO, dies zu verhindern, wird „von Rußland als Präludium zu einer nuklearen Weltkatastrophe betrachtet“¹⁹⁵. Man zeigt sich immer wieder überzeugt, daß „wegen des Baltikums niemand im Westen mit Rußland kämpfen will“¹⁹⁶. Daran dürfte tatsächlich kein Zweifel bestehen.

¹⁸⁹ Segodnja 18.10.1996, S.9.

¹⁹⁰ Segodnja 23.6.1995, S.9.

¹⁹¹ Segodnja 28.9.1995.

¹⁹² Vertreter der US-Zeitung erklärten dann, daß sie eine Tonbandaufnahme der Aussagen Michajlows (dessen Ministerium nur für die Produktion von Atomwaffen zuständig ist und mit Stationierung und Einsatz nichts zu tun hat) besitzen. Dieser sei während des Interviews rot im Gesicht gewesen und habe nach Alkohol gerochen (das Gespräch fand nach einem aus Anlaß eines Besuchs von Jelzin in Jekaterinburg gegebenen Bankett statt); nach Segodnja 20.2.1996, S.2.

¹⁹³ Nach Nezavisimaja gazeta 7.10.1995, S.1.

¹⁹⁴ Zitiert nach Die Presse 27.6.1996, S.4.

¹⁹⁵ So ein Entwurf einer russischen „Verteidigungsdoktrin“, nach Komsomol'skaja pravda 29.9.1995, S.2.

¹⁹⁶ A.a.O. (Anm. 160).

Lebed, damals noch Kommandant der 14. russischen Armee in Moldowa, warnte in einem Interview mit der tschechischen Zeitung „Lidove noviny“ wegen einer möglichen NATO-Osterweiterung vor einem Dritten Weltkrieg, den aber nicht Rußland, sondern „selbstverständlich“ die NATO beginnen werde. Auf die Frage, welches Interesse die NATO an einem Krieg mit Rußland haben sollte, sprach Lebed vom riesigen russischen Territorium, 150 Mio. dort lebenden Menschen und den Reichtum an Rohstoffen: „Das möchten sie. Aber es gelingt ihnen nicht“¹⁹⁷. Später, als Politiker, hat Lebed derartiges nicht mehr wiederholt. Allerdings blieb die NATO für ihn eine „ausgezeichnet geformte, erprobte Faust“, die „offenbar“ gegen Rußland gerichtet sei¹⁹⁸. Andere Stimmen unterstellten der NATO, im Fall größerer Unruhen in der GUS einmarschieren zu wollen, um Atomkraftwerke, Raketenbasen, Lager von Atomsprengeköpfen usw. unter ihre Kontrolle zu bringen¹⁹⁹.

Politiker aller Parteien, Militärs, Wissenschaftler und Journalisten pflegen auch und gerade im Kontext der NATO-Erweiterungsdiskussion gerne auf das nach wie vor gewaltige russische Atompotential hinzuweisen. Der Nationalist Sergej Baburin, Vizepräsident der Staatsduma und einer der Initiatoren von „Anti-NATO“, gab sich überzeugt: „Der, der sich an Rußland vergreift, bekommt Widerstand mit allem, was wir haben - bis hin zu Atomwaffen“²⁰⁰. Eine Gruppe hochrangiger Offiziere der Schwarzmeerflotte forderte Jelzin in einem Offenen Brief auf, für den Fall der NATO-Osterweiterung offiziell damit zu drohen, russische Atomraketen auf die Hauptstädte und wichtige Einrichtungen aller NATO-Mitglieder zu richten²⁰¹. Der russische Botschafter in Schweden, Oleg Grinewskij, erklärte, daß eine NATO-Osterweiterung „das Risiko eines Atomkrieges“ erhöhe; Rußland habe aber „genug Raketen, um sowohl die USA als auch Europa zu vernichten“²⁰².

Die russische Militärdoktrin von 1993 schließt weder einen atomaren Erstschatz noch einen Atomeinsatz gegen einen lediglich konventionell bewaffneten Staat aus. Kokoshin erläuterte: „Hunderte Atomsprengköpfe, die ins Ziel gehen, verursachen gewaltige Zerstörungen und führen zu Verlusten von Dutzenden Millionen Menschenleben“²⁰³. Und: „Ergebnis des Einsatzes der russischen Streitkräfte muß ein Frieden zu Bedingungen sein, der den Interessen der Rußländischen Föderation entspricht“²⁰⁴. Damit ist eine Verhandlungslösung dezidiert ausgeschlossen; Moskau glaubt offenbar, einen Atomkrieg führen und gewinnen zu können.

IX.) Mögliche Folgen des Verzichts auf eine NATO-Osterweiterung

Im Westen (von Rußland selbst natürlich abgesehen) wird meist lediglich vor den angeblich negativen Auswirkungen einer NATO-Ausdehnung auf Rußland bzw. die Beziehungen zu diesem gewarnt. Nicht minder legitim, wenngleich kaum Gegenstand der Aufmerksamkeit von Öffentlichkeit, Medien und Wissenschaft ist jedoch die Frage nach den möglichen Auswirkungen eines Verzichts auf einen solchen Schritt.

¹⁹⁷ Zitiert nach Süddeutsche Zeitung 13./14.4.1995, S.2.

¹⁹⁸ Zitiert nach APA594, 1.10.1996.

¹⁹⁹ Vgl. z.B. den Gastkommentar von Martin Shakkum, Präsident des Moskauer Fonds „Reform“ (und Präsidentschaftskandidat 1996), in Literaturnaja gazeta 24/1997, S.4.

²⁰⁰ Zitiert nach Literaturnaja gazeta 5/1997, S.1.

²⁰¹ Nach APA524, 20.1.1997.

²⁰² Zitiert nach Izvestija 21.11.1996, S.3.

²⁰³ Andrej A. Kokosin: Armija i politika. Sovetskaja voenno-politiceskaja i voenno-strategiceskaja mysl', 1918-1991 gody. Moskva 1995, S.243.

²⁰⁴ Gastbeitrag Kokoshins, in: Segodnja 7.8.1996, S.5.

Die „Maßnahmen“, mit denen Rußland für den Fall der NATO-Erweiterung gerne droht, sind entweder weitgehend unrealistisch (Wirtschaftssanktionen, Krieg) oder wurden bereits eingeleitet. Dies betrifft die Modernisierung des land- und seegestützten Kernwaffenarsenals ebenso wie das russische Drängen auf „Integration“ in der GUS und das Werben um Serbien, China, den Iran und den Irak. Eine Zurückweisung der ostmitteleuropäischen Beitrittswerber durch die NATO wäre nicht dazu geeignet, diese Prozesse zu verlangsamen, geschweige denn zu stoppen.

Der russische Widerstand gegen eine NATO-Osterweiterung ist aufgrund seines Ursprungs im „patriotischen Konsens“ nur bedingt rational faßbar. Daher würde ein Verzicht auf die NATO-Osterweiterung in Rußland auf keinen Fall „prowestliche“ oder sonst irgendwie „dankbare“ oder gar „freundschaftliche“ Gefühle auslösen - „das antiwestliche Ressentiment suchte sich ... nur einen neuen Gegenstand“²⁰⁵. Vor allem aber entstünde - ganz unabhängig davon, welche Begründung die NATO offiziell gäbe - in erster Linie für die politische Klasse Rußlands, aber auch für die ganze Welt der Eindruck, daß das „schwache“ Rußland gegenüber dem „starken“ Westen und der NATO seinen Willen doch durchgesetzt hat. Die Glaubwürdigkeit der NATO würde stark reduziert, während Moskau seinen Einfluß auf die Gestaltung der europäischen Sicherheitsarchitektur drastisch erhöhte. Außerdem würde sich in Rußland die Erkenntnis verfestigen, daß Drohungen, Druck und Propaganda schließlich doch das gewünschte Ergebnis zeitigen, wenn man sie nur ausdauernd genug anwendet. Es wäre nur eine Frage der Zeit, bis Rußland diese „bewährten“ Mittel wieder einsetzte, um weiteren Forderungen Nachdruck zu verleihen: Auflösung der NATO, Abzug der USA aus Europa, Verzicht auch auf eine Osterweiterung der EU, weitere Änderungen an Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen zu Gunsten Moskaus usw. „Die Zeit“, die kaum als „Organ des Kalten Krieges“ verunglimpft werden kann, schrieb: „Die NATO-Öffnung auf Eis zu legen, wie manche auch im Westen angesichts der Moskauer Proteste und Drohungen empfehlen, wäre fatal. ... ein Rückzieher würde zum Signal dafür, daß der Westen Osteuropa als russische Einflußzone akzeptiert. Auch die reformfreudigste russische Führung würde darin die Bestätigung sehen, daß Drohungen als Mittel der Politik sich immer noch auszahlen“²⁰⁶.

Schlußfolgerungen

Der Widerstand Rußlands gegen die NATO entspringt - wie u.a. die größtenteils sehr realitätsfernen Konfliktszenarien (vgl. Kap. VIII.6.) zeigen - keiner plausiblen Bedrohungsperzeption. Er ist stattdessen 1. nach innen ein wichtiges sinnstiftendes Element des „patriotischen Konsenses“ und steht 2. nach außen vor allem im Dienst einer Interessenpolitik, die darauf abzielt, dem Westen möglichst weitgehende politische, wirtschaftliche und militärische Konzessionen abzurufen.

Von teilweise brachialer Rhetorik, die Entschlossenheit und Kompromißlosigkeit glaubwürdig machen will, sollte man sich nicht beeindruckt lassen. Die Politik Rußlands kalkuliert genau das eigene Risiko und nutzt dabei alle Konzessionen, die der Westen machen zu müssen glaubt. Die Erfahrung zeigt, daß Moskau seine Position immer so weit ausreizt, bis es auf definitiven Widerstand stößt; dann entwickelt es regelmäßig die Fähigkeit zu flexiblen Anpassungen oder sogar Kursänderungen. Als z.B. der Widerstand der Tschetschenen selbst nach einer eineinhalbjährigen großmaßstäblichen Militärintervention, die Massenverluste in der Zivilbevölkerung bewußt in Kauf nahm, nicht gebrochen war, sah sich Jelzin veranlaßt, einen Truppenabzug anzuordnen. Daher sind auch jene westlichen Beobachter und Analytiker

²⁰⁵ NZZ 15./16.3.1997, S.11.

²⁰⁶ Die Zeit 7/1996, S.1.

im Irrtum, die eine Erfüllung der Forderungen Rußlands (darunter Verzicht auf eine NATO-Erweiterung) empfehlen, um es quasi „ruhigzustellen“: Damit wird regelmäßig der gegenteilige Effekt erzielt, da es sich so nur bestätigt und veranlaßt sieht, neue Ansprüche zu erheben.

Manche westliche Kommentatoren empfehlen zur Lösung der Divergenzen zwischen der NATO und Rußland sogar, „auch völlig unberechtigte Befürchtungen der anderen Seite ernst zu nehmen“²⁰⁷. Die logische Umkehrung dieses Satzes lautet, daß *berechtigte* Anliegen (von Befürchtungen ganz abgesehen) einer Seite - z.B. das Bestreben der Ostmitteleuropäer, Instabilität und das Entstehen einer „Pufferzone“ zwischen der „alten“ NATO und dem Westrand der GUS nicht zuzulassen - *nicht ernst zu nehmen* sind. Und das läßt offenkundig jede Plausibilität vermissen. Zudem würde Rußland seinerseits niemals wegen angeblicher oder tatsächlicher negativer Reaktionen des Auslandes auf eine ihm notwendig erscheinende politische Maßnahme (z.B. Beitritt zu einer internationalen Organisation) verzichten. Die westlichen wie russischen Gegner einer NATO-Erweiterung konnten bisher keinen einzigen Grund nennen, aus dem auf die Auffassung Moskaus in dieser Frage mehr Rücksicht zu nehmen ist als es selbst gegenüber den Standpunkten anderer Staaten (z.B. jener, die sich der NATO anschließen wollen) zu zeigen bereit ist.

In Rußland dürfte man die vollendete NATO-Erweiterung unabhängig von allen neuen westlichen Krediten, der Aufnahme in internationale Finanzorganisationen, der „Grundakte“ und Änderungen von Rüstungskontrollabkommen zu seinen Gunsten mehrheitlich als Niederlage seiner außen- und sicherheitspolitischen Strategie interpretieren. Dies wird allerdings nicht dazu führen, daß Moskau die Kontakte zum Westen einschränkt; schon gar nicht ist mit einem „zweiten Kalten Krieg“ (Johan Galtung) zu rechnen. Im Gegenteil ist davon auszugehen, daß sich Moskau - nachdem es zur Kenntnis genommen hat, daß es mit fortgesetzter Fundamentalopposition nichts erreicht - nach einer gewissen Zeit sogar kooperativer zeigt. Das würde schließlich die Einbeziehung Rußlands in eine gesamteuropäische Sicherheitsarchitektur wesentlich erleichtern.

Dr. Martin MALEK
Projektgruppe für internationale Friedenssicherung (PGIF)
der Landesverteidigungsakademie (Wien).

²⁰⁷ Vgl. a.a.O. (Anm. 42 [Rußlands Reaktionen...]), S.368.